

Bürgerhaushalt 2017: Solingen-redet.mit.de

Stand: 15.10.2016 (20:42)

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Verwaltung	1156	I1: Deutlich mehr Investitionen als in der Vergangenheit	Die Stadt Solingen beabsichtigt, in den nächsten Jahren deutlich mehr in die Erhaltung und Erneuerung ihrer Gebäude, Straßen und Brücken zu investieren. Halten Sie diesen Weg für richtig?Sparen kann teurer sein als investieren. Jahrelange Investitionstaus machen sich in bröckelnder Substanz etwa bei Schul- und Kita-Gebäuden bemerkbar. Um diese Schäden grundlegend zu beheben, müssen wir zwar Kredite aufnehmen, dafür ist jedoch der jetzige Zeitpunkt wegen geringer Zinsen sehr günstig.	9	91	80	11	69	12	0
Vorschlag	Verwaltung	1161	I2: Substanzerhaltung des Solinger Straßennetzes	Das seit 1999 jährlich durchgeführte Fahrbahndeckenprogramm hat sich als wirksam und sinnvoll erwiesen, die Substanz auf Dauer zu erhalten. Deshalb wollen wir damit weitermachen. Halten Sie das für sinnvoll?Investitionsvolumen: 2017: rd. 1 Mio. €Dasselbe wie für Gebäude gilt auch für Straßen. Sie bedürfen der regelmäßigen Pflege und Reparatur. Straßen werden wegen starker Nutzung auch durch schwere LKW und durch Witterungseinflüsse belastet und abgenutzt. Deshalb ist es wichtig, rechtzeitig die erforderlichen Reparaturarbeiten durchzuführen. Zeitlicher Aufschub und reine Flickarbeiten verkürzen die „Lebenszeit“ einer Straße deutlich. Dann ist nur noch ein kompletter Neuaufbau möglich, der hohe Kosten verursacht. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen trägt ein gezieltes Erhaltungsprogramm zu Fahrkomfort und Sicherheit auf den Straßen bei.	8	102	95	7	88	14	0
Vorschlag	Verwaltung	1162	I3: Park&Ride Parkplatz am Bahnhof Schaberg	Die Verwaltung plant einen Parkplatz für Bahnnutzerinnen und –nutzer am Bahnhof Schaberg einzurichten. Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll?Investitionsvolumen: 2019: 25.000 €Bei den Bauarbeiten zur Sanierung der Müngstener Brücke wurde eine Baustellenzufahrt zur westlichen Seite des Bahnhofs Schaberg (Fahrtrichtung Remscheid) angelegt. Diese können wir zur Erschließung eines kleinen Parkplatzes dort nutzen. Außerdem entsteht so ein behindertengerechter Zugang zum Bahnsteig in Fahrtrichtung Remscheid.	7	86	42	44	-2	4	8
Vorschlag	Verwaltung	1163	I12: Neubau des Hallenbades Vogelsang	Die Stadt Solingen beabsichtigt, das Hallenbad Vogelsang durch einen Neubau zu ersetzen. Halten Sie einen Neubau für sinnvoll?Investitionsvolumen: 9 Mio. €Die Stadtverwaltung Solingen hat von der Bezirksregierung Düsseldorf die Genehmigung erhalten, das Hallenbad Vogelsang durch einen Neubau zu ersetzen. Die Ausgaben dafür müssen auf 9 Millionen Euro begrenzt bleiben. In der Überlegung sind zur Zeit 3 Standorte, an denen ein Neubau denkbar wäre:a. Ein Grundstück hinter dem MüllheizkraftwerkDas Grundstück gehört den Technischen Betrieben Solingen. Um keine weitere Anwohnerbelastung in der Sandstraße zu haben, müsste eine alternative Zuwegung, unter Umständen sogar über die Viehbachtalstraße, erfolgen. Über diese könnte dann auch der LKW-Verkehr zum Müllheizkraftwerk abgewickelt werden. Das Grundstück ist zentral gelegen, allerdings durch das MHKW nicht so attraktiv. Der energetische Vorteil liegt in der möglichen Versorgung mit Strom und Fernwärme durch das MHKW. Durch die Nähe wäre der Energieverlust im Fernwärmenetz gering.b. Am Weyersberg, neben dem KlingenbadDer Vorteil an diesem Standort besteht in der räumlichen Nähe zum Klingenbad, welches bereits durch Fernwärme versorgt wird. Hier wäre eine Erweiterung möglich. Zusätzlich wäre durch die Nähe ein optimierter Personaleinsatz möglich. Parkplätze wären in ausreichender Zahl vorhanden. Als Nachteil könnte der Wegfall eines Kunstrasenplatzes gesehen werden, der aktuell mehreren Solinger Vereinen für Trainings- und Spielzwecke zur Verfügung steht. c. Der derzeitige Standort in Waldlm Gegensatz zu den beiden anderen genannten Standorten wäre hier ein Parallelbetrieb während der Bauzeit aus baulichen und baurechtlichen Gründen nicht möglich, da ein Neubau an exakt der gleichen Stelle, an der sich das jetzige Hallenbad befindet, errichtet werden müsste. Im Kommentarfeld haben Sie die Möglichkeit, Ihren bevorzugten Standort mitzuteilen.	87	105	78	27	51	9	5
Vorschlag	Verwaltung	1164	I11: Einrichtung eines umfangreichen kommunalen Ordnungsdienstes	Einige Bürgerinnen und Bürger fühlen sich außerhalb ihrer Wohnungen unsicher. Mehr Sicherheitspersonal im öffentlichen Raum könnte das ändern.Halten Sie diese Maßnahme für sinnvoll?Investitionsvolumen: bis zu 980.000 € jährlichHinweis: Hier handelt es sich nicht um eine einmalige Ausgabe. Die Personalkosten fallen dauerhaft Monat für Monat an.In der Vergangenheit wurde immer wieder auch in der Presse diskutiert, dass sich einige Bürgerinnen und Bürger in der Stadt nicht sicher fühlen.Die Verwaltung hat deshalb vorgeschlagen, einen städtischen Ordnungs- und Sicherheitsdienst einzurichten. Dann wären Streifen mit jeweils zwei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern rund um die Uhr, also auch nachts, im Stadtgebiet unterwegs, vorwiegend in Fußgängerzonen, auf öffentlichen Plätzen, in Parks und Freizeitanlagen. Die Einsatzorte können nach Bedarf und Jahreszeit bestimmt werden.Um einen solchen Dienst sicherzustellen, müssen 15 Vollzeitstellen besetzt und dauerhaft bezahlt werden. Das kostet insgesamt jährlich rund 980.000 €. Dieser Betrag ist bisher nicht im Haushalt eingeplant. Die Kosten müssten also durch eine Grundsteuererhöhung von 18 Punkten finanziert werden.	22	102	44	58	-14	9	4
Vorschlag	Verwaltung	1165	I10: Verbesserung Bolzplatz Börkhauser Feld	Die Verwaltung plant, den Bolzplatz Börkhauser Feld so herzurichten, dass er das ganze Jahr über genutzt werden kann.Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll?Investitionsvolumen: 2018: 65.000 €Das Börkhauser Feld ist das größte neu entstandene Siedlungsgebiet im Westen der Stadt. Hier leben viele Kinder und Jugendliche, für die vielfältige Spiel-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten angeboten werden sollten. Ein Bolzplatz dort ist oft nicht nutzbar, weil er großflächig unter Wasser steht, das nur langsam abfließt. Der Einbau einer Drainage und eventuell eines neuen Bodenbelags im Spielbereich würde Qualität und Belastbarkeit des Platzes verbessern und die Nutzungszeiten erhöhen.	3	74	54	20	34	3	6

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- verant.	Ablehnung Bürger- verant.
Vorschlag	Verwaltung	1166	I9: Verbesserung Bolzplatz Zietenstraße	Die Verwaltung plant, den Bolzplatz Zietenstraße so herzurichten, dass er das ganze Jahr über genutzt werden kann. Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll? Investitionsvolumen: 2017: 45.000 € Der Bolzplatz Zietenstraße liegt in einem lebhaften, dicht besiedelten Gebiet mit vielen Kindern, Jugendlichen und jungen Leuten. Ein vielfältiges und umfangreiches Spiel- und Freizeitangebot wird dort sicherlich rege genutzt. Der Bolzplatz Zietenstraße ist wegen seiner Schräglage und seines Bodenbelags nur eingeschränkt bespielbar. Eine Begradigung und ein neuer Bodenbelag würde, auch zur Unterstützung des dort tätigen und sehr engagierten Fördervereins, die Nutzung verbessern und das ganze Jahr über möglich machen.	1	79	58	21	37	2	9
Vorschlag	Verwaltung	1167	I8: Gehweg Hildener Straße zwischen Lübeckerstraße/Ulmenstraße und Grenzstraße	Die Verwaltung plant, den nördlichen Gehweg auf der Hildener Straße auf dem Abschnitt zwischen Lübecker Straße / Ulmenstraße und Grenzstraße zu erneuern. Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll? Investitionsvolumen: 2017: 360.000 € Im Zuge der durch den Bund geförderten Fahrbahnerneuerung der Hildener Straße zwischen Lübecker Straße/Ulmenstraße und Grenzstraße ist beabsichtigt, auf diesem Teilabschnitt auch die nördliche Gehweganlage zu erneuern. Die Gehwege sind in diesem Abschnitt in einem bautechnisch instandsetzungsbedürftigen Zustand.	3	62	20	42	-22	9	0
Vorschlag	Verwaltung	1168	I7: Gehweg Wippauer Straße	Die Verwaltung plant einen Gehweg an der Wippauer Straße. Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll? Investitionsvolumen: 2018: 645.000 € Im Zuge der durch den Bund geförderten Fahrbahnerneuerung der Wippauer Straße zwischen Opladener Straße und Landwehrstraße ist beabsichtigt, auf diesem Teilabschnitt auch die Gehweganlage herzustellen bzw. zu erneuern. Die Gehwege sind in diesem Abschnitt entweder in einem bautechnisch sehr schlechten Zustand oder gar nicht vorhanden.	3	86	24	62	-38	6	2
Vorschlag	Verwaltung	1169	I6: Gehweg Höhscheider Weg	Die Verwaltung plant einen Gehweg am Höhscheider Weg. Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll? Investitionsvolumen: 2018: 373.000 € Im Zuge der durch den Bund geförderten Fahrbahnerneuerung des Höhscheider Weges ist beabsichtigt, auf der vielbefahrenen und verkehrswichtigen Straße zur Sicherung des Fußgängerverkehrs auch die bisher nicht vorhandene Gehweganlage in Verbindung mit einem einseitigen Parkstreifen herzustellen.	4	81	21	60	-39	6	2
Vorschlag	Verwaltung	1170	I5: Gehweg Löhndorfer Straße	Die Verwaltung plant einen Gehweg an der Löhndorfer Straße (zwischen Watzmannstr. und Schorberger Str.). Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll? Investitionsvolumen: 2018: 925.000 € 2019: 500.000 € Im Rahmen der vom Bund geförderten Fahrbahnerneuerung soll auch ein Gehweg in Verbindung mit einem abmarkierten Radweg gebaut werden. Bisher gibt es dort keine Gehwege oder nur solche in sehr schlechtem Zustand.	5	83	21	62	-41	5	3
Vorschlag	Verwaltung	1171	I4: Taubenhaus Bahnhof Solingen-Mitte	Die Verwaltung plant im Bereich des Bahnhofs Solingen-Mitte ein Taubenhaus aufzustellen. Halten Sie die Maßnahme für sinnvoll? Investitionsvolumen für den Bau: 5.000 € Die Folgekosten liegen bei rund 10.000 € jährlich Zwischen der Straße „Am Südpark“ und der Korkenziehertrasse soll zur Eindämmung der Taubenplage, die regelmäßig zur Verschmutzung des Bahnhofs führt, ein etwa 3 m x 4 m großes Taubenhaus aufgestellt werden. Dort werden die Tiere zweimal wöchentlich versorgt (Futter, Wasser, Pflege, Reinigung). Dabei werden die Eier durch Attrappen ersetzt, um die Fortpflanzung zu verringern.	13	106	54	52	2	4	9
Vorschlag	Verwaltung	1176	M283: Walter-Bremer-Institut: Senkung der Zuschusssumme	Potential 200.000 € entspricht ca. 3,6 Grundsteuerhebesatzpunkte Hinweis: Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“). Erläuterung: Am staatlich anerkannten „Walter-Bremer-Institut“ werden pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten (PTA) ausgebildet. Träger ist die Stadt Solingen. Das Institut hat 120 Ausbildungsplätze. Nur rund 15% der Schülerinnen und Schüler kommen aus Solingen. Die Einrichtung finanziert sich durch Entgelte der Lehrgangsteilnehmer/innen (rd. 250.000 €), eine Zuwendung des Landes NRW (rd. 90.000 €), einen Zuschuss der Apothekerkammer Rheinland (rd. 27.000 €) und einen Anteil der Stadt Solingen von z. Z. 200.000 € (Stand 2013). Der Anteil des Landes ist mittlerweile weggefallen und durch erhöhte Entgelte ausglich worden. Da es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Solingen handelt, soll der Zuschuss schrittweise gekürzt werden.	21	182	74	108	-34	7	7
Vorschlag	Verwaltung	1177	M302: Anpassung Standards Umbau Straßen / Ampeln durch Kreisverkehre oder Entfall von Ampeln	Potential: 100.000 € entspricht ca. 1,8 Grundsteuerhebesatzpunkte Hinweis: Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“). Erläuterung: Die Einsparsumme soll durch Kostenreduktion beim Straßenbau, durch Ersatz von Ampeln durch Kreisverkehre und (neu) insbesondere auch durch den Wegfall (Abbau) von nicht verkehrssicherheitsrelevanten Ampeln ohne Ersatz zustande kommen. Dadurch werden teure Unterhaltungskosten eingespart.	11	141	140	1	139	12	2
Vorschlag	Verwaltung	1178	M307: Optimierung Telearbeit	Potential: 30.000 € entspricht ca. 0,5 Grundsteuerhebesatzpunkte Hinweis: Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“). Erläuterung: Nach dem erfolgreichen Modell der Partnerstadt Gouda, sollen städtische Mitarbeiter/innen zukünftig die Möglichkeit erhalten, verstärkt von zu Hause aus zu arbeiten. Dadurch können Raum- und Energiekosten eingespart werden. Langfristig besteht die Absicht, die Verwaltung auf 2 zentrale Standorte zu konzentrieren und diverse Dependancen aufzugeben. Die Bürgerbüros sind hiervon jedoch nicht betroffen.	6	107	90	17	73	6	2
Vorschlag	Verwaltung	1179	M322: Verbesserung des Online-Services des Stadtdienstes Einwohnerwesen	Potential: 40.000 € entspricht ca. 0,7 Grundsteuerhebesatzpunkte Hinweis: Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“). Erläuterung: Durch den Ausbau des Online-Services soll die Möglichkeit geschaffen werden, Anliegen wie etwa Anwohnerparkausweise, Meldeauskünfte oder Urkundenservice online zu erledigen und elektronisch zu bezahlen. Dadurch sollen Behördengänge und Wartezeiten reduziert sowie Abläufe optimiert und beschleunigt werden.	1	120	119	1	118	11	1

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro ./. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Verwaltung	1180	M326: Verstärkung der Einkommens- und Vermögensüberprüfung innerhalb von Einrichtungen	Potential: 80.000 €entspricht ca. 1,5 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Einige Menschen, die in Pflegeheimen untergebracht werden, verfügen noch über Einkommen und Vermögen. Der Aufwand, dies zu ermitteln, ist jedoch hoch. Durch eine verstärkte Prüfung in diesem Bereich wäre es möglich, die städtische Hilfe erst nach Verbrauch eigener Mittel zu leisten und so zu reduzieren. Der erwartete wirtschaftliche Effekt übersteigt die einzusetzenden Personalkosten.	0	84	59	25	34	9	2
Vorschlag	Verwaltung	1181	M327: Intensivierung der Sozialarbeit in Haushalten mit über 80-jährigen Empfängern von Grundsicherung (Sozialhilfe)	Potential: 50.000 €entspricht ca. 0,9 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Bisher ist nur eine Mitarbeiterin dafür eingesetzt, Sozialhilfeempfänger über 80 Jahre zu besuchen und deren wirtschaftlichen Bedarf zu klären. Sie konnte häufig dazu beitragen, Heimaufenthalte zu vermeiden bzw. hinauszuzögern. Schon jetzt sind die Einsparungen höher als die Personalkosten dieser Stelle. Da noch längst nicht alle in Frage kommenden Haushalte besucht wurden, besteht bei Schaffung einer weiteren Stelle noch ein Potenzial in Höhe von 50.000 EUR für die Verbesserung des städtischen Haushaltes.	0	101	98	3	95	9	1
Vorschlag	Verwaltung	1182	M328: Entwicklung und Umsetzung eines Spielplatzentwicklungskonzeptes	Potential: 50.000 €entspricht ca. 0,9 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Im Zuge einer Prüfung der Spiel- und Bolzplätze durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) wurde ein verwaltungsinternes Projekt aufgelegt, in dem auf der Basis des GPA-Berichtes Entwicklungs- und Optimierungsmöglichkeiten untersucht und umgesetzt werden sollen.Das Ziel dabei ist die Verlagerung von vielen kleinen Spielplätzen mit schlechter Ausstattung hin zu weniger, aber größeren Spielflächen mit besserer Ausstattung. Die Gesamtgrundstücksfläche soll möglichst erhalten bleiben.	8	91	53	38	15	9	1
Vorschlag	Verwaltung	1183	M330: Fortführung des Klimaschutzmanagements und Umsetzung des Konzeptes 'Klimabewusster Energieverbrauch im Konzern'	Potential: 75.000 €entspricht ca. 1,4 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Ziel ist die Energieeinsparung durch Änderungen des Verbraucherverhaltens. Die Maßnahme soll durch die Einbeziehung weiterer Bereiche wie Kindergärten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen ausgeweitet werden.	2	105	101	4	97	8	1
Vorschlag	Verwaltung	1184	M313: Entwicklung E-Government	Potential: 470.000 €entspricht ca. 8,5 HebesatzpunkteHinweis:Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Dieses langfristige Projekt hat die Umstellung der Verwaltung auf digitale Aktenführung zum Ziel. Hierdurch sollen Abläufe beschleunigt sowie Zeit und Kosten gespart werden.	2	116	114	2	112	4	4
Vorschlag	Verwaltung	1185	M332: Prozessoptimierung - Ausnutzung von Optimierungspotential für die gesamte Verwaltung	Potential: 750.000 €entspricht ca. 13,6 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Wie in der Privatwirtschaft üblich, sollen in einem regelmäßigen Turnus nach und nach die Aufgaben und Prozesse aller Stadtdienste auf ihre Effektivität und Notwendigkeit hin kritisch untersucht werden.	6	118	116	2	114	11	2
Vorschlag	Verwaltung	1186	M336: Optimierung von Prozessabläufen im Teilplan Hilfen zur Erziehung (HzE)	Potential: 800.000 €entspricht ca. 14,5 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Maßnahme bereits vom Rat beschlossen, kann aber durch Kompensation an anderer Stelle wieder geändert werden (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Im Rahmen eines Projektes sollen1. durch den Ausbau von Beratungsleistungen im schulischen und vorschulischen Bereich die ambulanten Hilfen reduziert werden.2. die bisherigen Pflegekinderdienst-Erfolge durch mehr Fremd-, Verwandten- und Bereitschaftspflege sowie Patenschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer anstelle von Heimunterbringung ausgebaut werden3. mit einer verstärkten Kooperation mit Pflegekinderdienst und Coppelstift (Programm „fit-for-family“) die durchschnittliche Heim-Aufenthaltsdauer pro Kind reduziert werden.4. durch rechtzeitige Hilfe zum eigenständigen Leben die stationäre Unterbringung junger Erwachsener möglichst verhindert und Laufzeiten ambulanter Hilfen reduziert werden	1	93	80	13	67	12	0
Vorschlag	Verwaltung	1187	Mneu01: Abschaffung der Baumschutzsatzung	Potential: 75.000 €entspricht ca. 1,4 GrundsteuerhebesatzpunkteDie Baumschutzsatzung der Stadt Solingen dient dem Schutz des Baumbestandes. Sie regelt, welche Bäume gefällt werden dürfen und welche nicht. Dadurch soll der Naturhaushalt gestärkt werden. Die Reglementierungen stoßen aber auch immer wieder auf Unmut.Entfällt die Satzung, kann auf einen Personalstellenanteil für "Fällgenehmigungen" verzichtet werden.	18	163	102	61	41	11	3

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro J. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Verwaltung	1188	BSGneu11: Stadtwerke Solingen Verkehr (ÖPNV): Verkürzung der Öffnungszeiten der KundenCenter Hauptbahnhof und Kölner Straße	Potential: 200.000 €entspricht ca. 3,6 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Die SWS Verkehr betreibt mit eigenen Mitarbeitern zwei KundenCenter am Hauptbahnhof (Wilhelmstraße) bzw. an der Kölner Straße. Ein Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung zeigt, dass die KundenCenter der SWS Verkehr vergleichsweise lange Öffnungszeiten aufweisen. Auch das Vorhalten von zwei KundenCentern ist nach unserer Datenlage nicht durchweg üblich.Die Kundencenter öffnen Mo.-Fr. um 9.30 Uhr (Kölner Straße) bzw. 7 Uhr (Wilhelmstraße), samstags jeweils um 9.30 Uhr. Die KundenCenter werden in den Morgenstunden jedoch kaum aufgesucht. Die meisten Besucher werden in den Mittags- und Abendstunden gezählt.Eine Öffnung vor 9:30 Uhr ist also nicht unbedingt notwendig.Außerdem wird empfohlen, die beiden KundenCenter nicht gleichzeitig, sondern nur noch montags bis freitags täglich abwechselnd von 9:30 Uhr bis 18:00 Uhr zu öffnen.Beschussspitzen am Monatsende sollten durch die Samstagsöffnung eines Kundencenters unterstützt werden. Abseits dieser Besucherspitzen wird empfohlen, auf eine Öffnung der KundenCenter am Samstag generell zu verzichten.So kann bei Beibehaltung beider Standorte eine deutliche Reduzierung (um ca. 59 Prozent) der Öffnungszeiten und somit der (Personal-)Kosten erreicht werden.	11	122	79	43	36	8	6
Vorschlag	Verwaltung	1189	BSGneu10: Stadtwerke Solingen Verkehr (ÖPNV): Anpassung des Verkehrsangebotes an die tatsächliche Nachfrage; Aufbau einer Linienerfolgsrechnung	Potential: 978.000 €entspricht ca. 17,8 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Die SWS Verkehr betreibt den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Solingen mit Oberleitungs- und Autobussen auf insgesamt 24 Linien. Mit 99 Fahrzeugen werden pro Jahr insgesamt rund 4,5 Mio. Kilometer gefahren. Die einzelnen Linien dabei stark unterschiedlich frequentiert. So befördern insbesondere die O-Bus-Linien 681, 682 und 683 den Großteil der Fahrgäste. Einige Dieselbuslinien, insbesondere Linien, die auf politischen Wunsch zur Erschließung der ländlicheren Randgebiete eingeführt wurden, werden hingegen sehr schwach nachgefragt, so dass diese ein deutlich schlechtes Kosten-/ Erlös-Verhältnis aufweisen.Genaue Aussagen zur Wirtschaftlichkeit einzelner Linien sind derzeit nicht möglich. Aufgrund der Liniensteckbriefe und Verkehrszählungen wird empfohlen, Linien(-abschnitte), auf denen nur sehr geringe Fahrgastzahlen (unter drei Fahrgäste pro gefahrenem km) verzeichnet werden können, auszudünnen, durch alternative Bedienformen zu ersetzen oder vollständig einzustellen. Dabei können insbesondere an den Wochenenden Fahrten vermieden werden. Nach einer ersten Abschätzung (ohne Berücksichtigung von Zusammenhängen zwischen den Linien (Umlaufplanung) könnten zusätzlich zu den bereits im Wirtschaftsplan bzw. Restrukturierungsprogramm enthaltenen Angebotsreduzierungen anhand der vorliegenden Daten rund 450.000 km Fahrleistung pro Jahr eingespart werden, ohne dass nennenswerte Einnahmeverluste zu befürchten wären. Da hierbei auch Leistungen in der Verkehrsspitze entfallen würden, könnten zudem ca. 5 Dieselfahrzeuge (bspw. durch Unterlassung der Ersatzbeschaffung im Geschäftsjahr 2017 / 2018) eingespart werden. Zukünftig sollte zudem dem Unternehmen im Rahmen der Nahverkehrsplanung mehr Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden, um das Verkehrsangebot auch kurzfristig auf die tatsächliche Nachfrage anpassen zu können. Hierdurch lässt sich der politische Abstimmungsaufwand deutlich reduzieren. Obwohl aktuell nicht exakt quantifizierbar, ist dabei mittel- bis langfristig von einer Kosteneinsparung in fünfstelliger auszugehen.Außerdem sollte eine Linienerfolgsrechnung eingeführt werden, um zukünftig verlässlichere Aussagen über die Wirtschaftlichkeit einzelner Linien treffen zu können und somit die Steuerungsmöglichkeiten zu verbessern.	26	131	70	61	9	8	9
Vorschlag	Verwaltung	1190	BSGneu09: Solinger Bädergesellschaft (SBG): Ertragspotenzial durch Preisanpassung im Freibad Heide	Potential: 12.000 €entspricht ca. 0,2 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:In den Jahren 2013 - 2015 haben durchschnittlich 29.491 Besucher das Freibad Heide besucht. Die durchschnittlichen Einnahmen je Besucher lagen bei 2,07 EUR. Eine Preisanpassung wurde in den letzten Jahren nicht vorgenommen.Empfehlung: Inflationsausgleich in Höhe von 20 Prozent.Dadurch würden die Einnahmen je Besucher auf 2,48 EUR steigen. Bei gleichbleibender Besucherzahl würde diese Anpassung zu jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von ca. 12 TEUR führen.	8	92	76	16	60	2	4
Vorschlag	Verwaltung	1191	BSGneu08: Solinger Bädergesellschaft (SBG): Ertragspotenzial durch das Übernehmen des Frühschwimmens	Potential: 14.000 €entspricht ca. 0,3 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Im Sportbad Klingenhalle bietet der Solinger Sportbund Frühschwimmen an. Der Eintrittspreis pro Person beträgt 3,00 EUR. Im ersten Halbjahr 2016 nahmen 4.886 Personen am Frühschwimmen teil.Wenn die Bädergesellschaft das Frühschwimmen selbst übernimmt, ergibt sich bei 10.000 Gästen pro Jahr, die jeweils einen Eintrittspreis von 2,40 EUR (10er Karte) entrichten, nach Abzug von gegenzurechnenden Aufwänden, ein Mehrertrag in Höhe von ca. 14.000 EUR netto.	8	84	71	13	58	6	0
Vorschlag	Verwaltung	1192	BSGneu07: Solinger Bädergesellschaft (SBG): Ertragspotenzial durch Preisanstieg bei Vermietung der Schwimmbecken	Potential: 12.000 €entspricht ca. 0,2 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Der Reha- und Behindertensport hat dienstags und donnerstags jeweils Wasserzeit von 19:00 – 21:15 Uhr. Für die Anmietung eines halben 25-Meter-Beckens (Dienstag) und des gesamten Lehrschwimmeckens (Donnerstag) hat der Verein 445,65 EUR bezahlt. Bei einer Besucherzahl von 2.656 Personen im ersten Halbjahr ergibt sich daraus pro Kopf ein Entgelt in Höhe von 0,17 EUR.Empfehlung: Zukünftig zahlt jeder der Teilnehmer am Reha- und Behindertensport den üblichen Eintrittspreis (über eine 10-er Karte) in Höhe von 2,40 EUR.	17	101	44	57	-13	6	3

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Verwaltung	1193	BSGneu06: Solinger Bädergesellschaft (SBG): Angebot zusätzlicher Schwimmkurse	Potential: 3.100 €entspricht ca. 0,1 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Die Schwimmkurse für Kinder finden über einen Zeitraum von 12 Wochen statt und werden von durchschnittlich acht Teilnehmern besucht. Je Kind werden Gebühren in Höhe von 60 EUR erhoben.Derzeit stehen 109 Kinder auf der Warteliste für Schwimmkurse, da die zur Verfügung stehenden Kurskapazitäten nicht alle Anfragen abdecken können.Nach Angaben der Bädergesellschaft könnten mit dem bestehenden Personal bereits jetzt im Sportbad Klingenhalle, zukünftig im neugebauten Vogelsang, zwei zusätzliche Schwimmkurse eingerichtet werden, die jeweils viermal jährlich durchgeführt werden. Das bedeutet 64 zusätzliche Teilnehmer in Kursen und damit Erträge in Höhe von ca. 4 TEUR. Dem stehen variable Kosten in Höhe von maximal 1 EUR pro Person an.	3	99	96	3	93	6	2
Vorschlag	Verwaltung	1194	BSGneu05: Solinger Bädergesellschaft (SBG): Neukonzeption Bäderlandschaft – Neubau attraktiveres Hallenbad, Ausdehnung Serviceangebot, Schwimmkurse	Potential: 110.000 €entspricht ca. 2 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Durch den Neubau eines attraktiveren Hallenbades als Ersatz für das Hallenbad Vogelsang (siehe Vorschlag im Bereich Investitionsvorschläge) in Verbindung mit erweiterten Angeboten (z.B. Reha-Kurse, Schwimmkurse) wird eine Erlösverbesserung in der genannten Höhe erwartet.	10	112	89	23	66	7	3
Vorschlag	Verwaltung	1195	BSGneu04: Kunstmuseum Solingen: Reduzierung des Aufgabenumfangs auf den Ratsauftrag und Reduzierung der Wechselausstellungen	Potential: 15.000 €entspricht ca. 0,3 GrundsteuerhebesatzpunkteHinweis:Die Maßnahme ist ein Vorschlag des externen Beratungsunternehmens Rödl & Partner (siehe Infobox „Welche Vorschläge gibt es hier?“).Erläuterung:Der Ratsauftrag aus dem Jahr 1995 hat folgende Aufgaben für das Kunstmuseum definiert:- Förderung der Solinger Künstler,- Aufbewahrung der Kunstsammlung,- Förderung der bergischen Kunst und- Durchführung von drei Wechselausstellungen zum Thema „Jahresschau der Solinger Künstler“, „Internationale Bergische Kunstaustellung“ und zeitgenössische Kunst.Auf Grund von geänderten Rahmenbedingungen ist die Aufgabenstellung des Kunstmuseums kritisch zu hinterfragen. Das gilt etwa für folgende Themen- Wahrnehmung der Förderung der Solinger Künstler zum Teil in den Güterhallen durch den Solinger Künstler e.V. und- Veränderung der künftigen Verteilung der Raumkapazitäten auf Grund der Zusammenarbeitsvereinbarung in Bezug mit dem „Zentrum für verfolgte Künste“ von derzeit 42 Prozent auf 33 Prozent Anteil für das Kunstmuseum.Für beide Punkte ist die Frage zu beantworten, ob die Wechselausstellungen noch in diesem Umfang durch das Kunstmuseum erbracht werden können und sollen oder ob sich nicht zumindest die Wechselausstellung zu Solinger Kunst anderweitig bündeln lässt.	5	94	66	28	38	2	7
Vorschlag	Teilnehmer	1200	365 Tage 24h Umsetzung des Bußgeldkataloges - Ausbau Ordnungsdienst	Die Stadt Solingen verfügt über einen Bußgeldkatalog der in weiten Zügen nicht angewendet wird und wenn nur während der üblichen Arbeitszeiten. Ausserhalb der eigentlichen Innenstadtlagen findet keine nennenswerte Überwachung des ruhenden Verkehrs statt. Parken auf Anwohnerparkplätzen nach 18:00 stellt null Risiko dar, ebenso im absoluten Halteverbot. Vernachlässigung der Verkehrssicherungspflicht im Winter wird ganz offensichtlich nicht einmal an den Hauptstraßen verfolgt. Die Stadt lässt mutwillig das Geld auf der Straße liegen. Regenrinnen die sich auf die Straße ergießen? Dafür ist ein Bußgeld vorgesehen, Verfolgung in Solingen? Null. Ständige Befahrung der Fußgängerzone? Interessiert niemand in Solingen. Verschmutzung von Tierkot wird überhaupt nicht verfolgt. Man hat den Eindruck es geht Solingen noch viel zu gut. Evt. bestände eine Kombinationsmöglichkeit mit dem Vorschlag des Streifendienstes? Zahlen aus ganz NRW zeigen, dass ein gut ausgebautes Ordnungsamt ein deutliches Plus erzielt, pro Mitarbeiter sind es statistisch bis zu 30.000 €. Das bisher absolut minimalistisch besetzte Ordnungsamt in Solingen ist völlig überlastet und kann nicht effektiv arbeiten, auch wenn die Mitarbeiter wirklich engagiert sind. Entsprechend müssen mehr als die für den Streifendienst vorgesehenen Stellen geschaffen werden. Durch eine restriktive Ordnungspolitik könnte Solingen sich als attraktiver Wohnstandort positionieren. So wie es jetzt gehandhabt wird ist Solingen in vielen Teilen rechtsfreier Raum geworden. Im wahrsten Sinne kaputt gespart. Es geht nicht darum einen Überwachungsstaat zu schaffen, es geht darum bestehende und nicht ohne Grund erlassene Vorschriften wieder zur Geltung zu bringen.	6	66	56	10	46		
Vorschlag	Teilnehmer	1201	Nächtliche Abschaltung von Ampeln	Wer hat nicht schon nachts an einer leeren Kreuzung vor einer roten Ampel gestanden? Dies kostet die Stadt Energie, die Bürger Kraftstoff und Zeit und die Anwohner werden durch unnötige Abgase belastet. Die ausgeschaltete Ampel an der Kölner Straße zeigt, dass es selbst tagsüber funktioniert. Warum sollte das nicht auch nachts an übersichtlichen Kreuzungen gehen? Gefährliche Kreuzungen sollten natürlich weiterhin 24h/Tag geregelt bleiben.	10	100	95	5	90		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro J. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1202	Nächtliche Schließung öffentlicher Anlagen	Es ist leider schon seit längerem bekannt, dass öffentliche Parks und Grünflächen als Umschlagplätze für kriminelle Machenschaften fungieren. In Solingen gibt es gleich einige dieser Punkte. Da das Personal in den öffentlichen Sicherheitseinrichtungen wahrscheinlich auch in Zukunft eher ab-, als zunimmt, sollte hier doch in erster Linie über eine Eindämmung der Krisenherde nachgedacht werden. Bedenkt man, dass etwa nach 22:00 kaum noch ein "normaler Mensch" durch einen der zentralen Stadtparks spaziert, weil es heutzutage leider viel zu unsicher geworden ist, dann sollte man sich doch fragen, welche Alternative zu einer Überwachung der Anlagen noch bleiben. Stellen Sie sich bitte die Frage, wer hält sich noch nach 22:00 in einem Stadtpark auf und hat dabei noch etwas "Gutes" im Sinn? - Es sind in aller Regel Trinker, Drogenabhängige, Jugendliche, die Party machen wollen und fast alle sorgen dabei für Ruhestörung, Randal und Sachbeschädigung! Ich weiß wovon ich rede, wir wohnen Luftlinie 20 Meter von einem Park entfernt! Kameraüberwachung ist im Land NRW streng eingeschränkt, evtl. gar nicht möglich. Wieso also nicht ein Aufenthaltsverbot ab 22:00 Uhr einführen? Die Lampen in den Parks könnten bis 06:00 Uhr abgeschaltet werden. Würden Anwohner von einem Verbot, so könnte immernoch die Polizei hinzugezogen werden und bauliche Maßnahmen, wie Ein- und Ausgänge zu verschließen könnte man sich sparen. Der Aufenthalt könnte mit einer Strafe in Form von Platzverweis, Bußgeld oder sonstiger Maßnahmen verbunden sein. Dies dann Juristisch zu bewerten, gilt sicherlich den Verantwortlichen. Doch so wie der Zustand im Moment ist, kann es einfach nicht bleiben! Das potenzielle Ersparnis errechnet sich wie folgt: - Sanierungsarbeiten wegen Vandalismus gehen zurück (weniger Personalkosten) - Strom und Wartungskosten für die Laternen werden dezimiert - Entsorgung von Müll (der vorwiegend durch feiernde Menschen entsteht) wird drastisch reduziert - Anstelle von zusätzlichen Mitarbeitern können durch Aufklärung der Bevölkerung gezielte Kontrollen angefahren werden Und als wichtigstes, wenn auch nicht in finanzieller Hinsicht: Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger steigt! Besonders bei denen, die nahe solcher Hotspots wohnen!	11	44	21	23	-2		
Vorschlag	Teilnehmer	1203	Stop von Ko- und Mischfinanzierungsmaßnahmen	In Solingen hat sich eine Kultur der "Mitnahme"-Finanzierung etabliert. Es wird Geld ausgegeben, welches die Stadt gar nicht hat. Weil es vordergründig aus Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln kommt. Diese werden aber letztendlich doch auch wieder von Solingern bezahlt. Es werden Maßnahmen in Angriff genommen die nicht überlebensnotwendig sondern maxiaml in die Rubrik "wäre nett wenn..." fallen. Die Bürger werden getäuscht durch Aussagen wie: "Solingen muss nur 10% der Kosten tragen...". Letztendlich werden aber oft die Folgekosten nicht erwähnt oder mit der Förderung verbundene Auflagen. Das Kernproblem ist, dass die Stadt Solingen durch diese ach so günstige Finanzierungsform Probleme löst die gar nicht elementar sind. Solingen hat inkl. der verbundenen Unternehmen Schulden von fast 1 Mrd. €, baut aber den Entenpfuhl um. Zitat aus dem Solinger-Tageblatt: "Mit der aufgehübschten Straße – hier gibt es jetzt Sitzmöglichkeiten und neue Pflanzen in großen Beeten – und dem umgestalteten Entenpfuhl hat die Stadt städtebaulich für rund 900 000 Euro mit Landeszuschüssen optisch eine Menge getan." An anderer Stelle bricht die Substanz weg. Ohne die Landeszuschüsse wäre niemand in Solingen auf die beklopte Idee gekommen. Was eine Stadt sich nicht SELBST leisten kann, sollte sie auch nicht umsetzen!	7	57	37	20	17		
Vorschlag	Teilnehmer	1204	Schließung Klingenmuseum - oder Überführung in private Trägerschaft	Auszug aus Interseite der Stadt Solingen: Betreiber: Stadt Solingen Personalstärke: 6,4 Stellen, ca. 35 Ehrenamtler mit 1.600 Std./a Besucher im Jahr: ca. 22.000 zahlende + ca. 4000 freier Eintritt bei Eröffnungen etc. Finanzielle Beziehung zur Stadt: jährlicher Zuschussbedarf rd. 700 TEUR 31.81 € Zuschuss PRO Besucher! Das Museum ist Luxus! 6,4 Stellen, davon 1,85 Beamtenstellen.... Auch wenn die Verwaltung diesen Vorschlag gestrichen hat, es geht nicht um einmalige Einsparungen von 600 oder 700 t€ sondern um JÄHRLICHE Einsparungen. Das Museum kann gerne in eine private Trägerschaft überführt werden, eine Stiftung oder was auch immer. Aber die Stadt muss erst einmal Ihre Kernaufgaben erfüllen und nicht Spezialmuseen betreiben. Die Sammlung könnte gut in das Freilichtmuseum Hagen überführt werden.	5	78	35	43	-8		
Vorschlag	Teilnehmer	1205	verbessertes Stadtmarketing für Solingen als lebenswerter Wohnort	Als täglicher Pendler nach Köln erlebe ich Solingen (als gebürtiger Solinger) jeden Tag als eine Ruheoase wo ich mich zurückziehen kann und von der stressigen Arbeit erholen kann. In Gesprächen mit meinen Arbeitskollegen stelle ich immer wieder fest, wie günstig es ist (im Vergleich zu Langenfeld, Leichlingen, Einzugsgebiet Düsseldorf und Köln), hier schön und ruhig zu wohnen. Mehr gutsituierte Einwohner, gerade Pendler in die umliegenden Großstädte als Steuerzahler nach Solingen zu bekommen, sollte ein wichtiges Ziel in der Stadtentwicklung sein. Dazu benötigen wir ein Konzept für neue bezahlbare Grundstücke mit gutem Anschluss an den ÖPNV oder zur Autobahn. Auch hier sollte noch einmal über einen besseren Anschluss der A3 an Solingen nachgedacht werden. Die richtigen Schritte wurden ja schon in Richtung neue KiTa's unternommen. Solingen sollte nur auch für Pendler mehr interessant werden. Diese dafür notwendigen von mir nicht ermittelbaren Kosten sind notwendig, um nachhaltige und steigende Steuereinnahmen für die Stadt zu generieren. Dies in Zusammenarbeit mit der Ansiedlung von neuen Firmen (Gewerbesteuern) kann zu einer schnelleren Entschuldung von Solingen beitragen.	6	51	41	10	31		
Vorschlag	Teilnehmer	1206	Antrag auf eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten zu wissenschaftlichen Zwecken.	Die Stadt Solingen soll beim BfArM einen Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung zu Forschungszwecken, bezüglich der kontrollierten Abgabe von Cannabis stellen! Dadurch würden Kosten bei der Verfolgung von Konsumenten und Konsumentinnen eingespart. Zudem würden dem Schwarzmarkt Einnahmen entzogen, was die Finanzierung ernstzunehmender Folgekriminalität einschränkt und die Stadt somit sicherer macht. Die Stadt Solingen könnte entweder durch Steuern oder den kontrollierten Verkauf der Cannabisprodukte Geld einnehmen. Die Maßnahme könnte Solingen sowohl als Lebens-, als auch als Wirtschaftsstandort attraktiver machen.	3	48	19	29	-10		
Vorschlag	Teilnehmer	1207	Ampelanlagen durch Zebrastreifen ersetzen	Der Ersatz von Ampelanlagen durch Zebrastreifen spart die jährlichen Wartungsarbeiten von ca. 6000 EUR je Ampel.	7	72	64	8	56		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro ./. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1208	Aktives Beschaffungsmanagement Stadtbücherei	Wenn man beim jährlichen Bücherverkauf der Stadtbücherei sich umschaute, dann wundert man sich immer wieder was alles an Büchern für die Bibliothek gekauft wurde und wird. Auf dem letzten Bücherverkauf habe ich mir (für 1,- €) das wunderschöne Buch "Geschmacksschule" gekauft. Das Buch kostet neu 99,- ! Dem Zustand nach wurde es fast nie ausgeliehen. Es ist auch fraglich zu welchem Zweck BWL Fachliteratur/Studienliteratur angeschafft wird. Das ist Aufgabe der Universitätsbibliotheken. Es tut mir leid es so zu sagen, aber anscheinend können sich hier noch ungebremst Schöngeliebte ausleben. Hier sollten klare Regeln aufgestellt werden was gekauft werden darf. Und auch beim Verkauf dürfen die Bücher nicht anschließend veramscht werden. Neben der Geschmacksschule habe ich einige Springer Fachbücher aus dem Maschinenbau für Kleckerbeträge erwerben können. Hier wird Geld ohne Ende verschwendet.	3	59	47	12	35		
Vorschlag	Teilnehmer	1209	Autobahnanbindung	Um Solingen wieder attraktiver für Firmen zu machen, die jetzt häufig in die Nachbarstädte ziehen, braucht die Stadt unbedingt eine verbesserte Infrastruktur, heißt ein Ausbau der Viehbach an die A3. Die jetzigen Möglichkeiten, auf die Autobahn zu gelangen, sind nicht ausreichend und attraktiv.	9	89	64	25	39		
Vorschlag	Teilnehmer	1210	Einnahme	Wenn möglich Parkscheinautomaten Untengönrather Strasse.	3	29	11	18	-7		
Vorschlag	Teilnehmer	1211	Einnahmen	Schaffung einer Pferdesteuer. Es ist nicht einzusehen warum Hundebesitzer Steuern zahlen müssen und Pferdebesitzer nicht.	24	126	72	54	18		
Vorschlag	Teilnehmer	1212	Umgestaltung des kleinen Parkplatzes an der Eisenstraße gegenüber Entenpfuhl	Wenn noch möglich sollte dieses Vorhaben nicht mehr umgesetzt werden. Die Parkplätze sollten erhalten bleiben. Eine weitere Spielfläche mit fragwürdiger Aufenthaltsqualität ist zu vermeiden.	7	56	46	10	36		
Vorschlag	Teilnehmer	1214	Schwimmbad Vogelsang	Standortfrage	1	10	6	4	2		
Vorschlag	Teilnehmer	1216	Parkgebührenerhöhung	In der sonderliste habe ich gesehen, dass eine Parkgebührenerhöhung um 20% ein Kaputtsparen sein soll?! Seit wieviel Jahren sind die Pargebühren nicht erhöht worden? Ist doch schon ewig her. Also: 20% rauf, 400.000 € mehr im Stadtsäckel. Das ist jedenfalls besser als die Schließung von Einrichtungen.	4	68	36	32	4		
Vorschlag	Teilnehmer	1217	Auf den Bau der BHC-Arena verzichten!	Mögliches Einsparpotenzial: viele Millionen Euro an Folgekosten Es ist anerkennenswert, dass Teile der Politik dem BHC eine eigene Sportstätte bauen möchten. Doch es gibt Bedenken: Vom Lärm für die Anwohner (jeden 3. Tag eine Veranstaltung), drohenden Verkehrsproblemen zu Beginn und besonders zum Ende einer jeden Veranstaltung und negative ökologische Folgen für das angrenzende Ittertal. Der BHC will etwa 20 Spiele im Jahr in der Arena austragen, und weitere 80 Veranstaltungen sollen die Halle rentabel machen. Die Arena (Baukosten 15 Mio.) soll größtenteils durch öffentliche Zuschüsse aus Landesmitteln für Sportstättenbauten finanziert werden – Geld, das dann dem Breitensport in Solingen entzogen wird. Zusätzlich sollen Kredite bei Landesbanken aufgenommen werden. Wer bürgt und wer haftet dafür wenn die Arena pleite geht? Was passiert, wenn der BHC nicht mehr in der 1. Liga spielt? Der professionelle Betrieb einer solchen Halle ist kostenaufwendig. Die Veranstaltungsbranche steht zudem allgemein unter Druck wegen stark gestiegener GEMA-Abgaben (10% der Einnahmen inkl. der Einnahmen aus Sponsoring). Es gibt aber noch weitere absehbare Probleme: Für die Durchführung von Veranstaltungen gibt es einen Gebietsschutz. Der kann 30 km, 50 km und auch mehr betragen. In dem Umkreis darf eine Veranstaltung nur einmal durchgeführt werden. Damit träte die BHC-Arena in Konkurrenz zur Mitsubishi-Electric Halle in Düsseldorf und der König-Pilsner-Arena in Oberhausen. Das macht die Planungen von Veranstaltungen ziemlich schwierig. In der 6.000-er Größenordnung wird das Kölner Einzugsgebiet oder das von Oberhausen mit Sicherheit dem Solinger vorgezogen – denn Halle soll nach Möglichkeit auch voll werden. Was am geplanten Standort Piepersberg-West übrigens völlig fehlt ist eine gute Anbindung an den ÖPNV. Bei den derzeit in Planung stehenden Kürzungen beim ÖPNV wird eine notwendige Anbindung nicht finanzierbar sein. Damit wird die BHC-Arena die einzige Halle in NRW sein, die keine öffentliche Verkehrsanbindung hat.	17	111	78	33	45		
Vorschlag	Teilnehmer	1218	Kostenlose Parkmöglichkeiten am Entenpfuhl	Um die zentrale Innenstadt wieder zu beleben, sollten möglichst kostenlose Parkmöglichkeiten im Bereich des Entenpfuhls eingerichtet werden. Das Stadtbild versinkt in Leerstand. Nicht das es hier ausschließlich um Verschönerungen ginge. Jedes leerstehende Ladenlokal bedeutet Verlust an Gewerbesteuer für die Stadt. Bedenkt man, dass die Clemens Galerien umgebaut werden und bald hoffentlich zu neuem Glanz erstrahlen, so sollte die Stadt dies nutzen und dringend diesen Anziehungspunkt für die Belebung der Fußgängerzone von Entenpfuhl bis hoch zu den Clemens Galerien anpassen. Würde es kostenlose Parkmöglichkeiten in Höhe Werwolf bis Entenpfuhl geben und wären diese als solche zu erkennen (Schilderführung für ausserstädtische Besucher), so dürfte man davon ausgehen, dass viele den Fußweg durch die Hauptstraße wählen. Das wäre der Fußgängerfluss, der uns bislang immer wieder verwehrt blieb, da sowohl Clemens Galerien, als auch Hofgarten ihre eigenen Parkhäuser mitbrachten und die Stadt vermehrt auf kostenpflichtiges Parken setzte. Diese Maßnahme klingt vielleicht zunächst nach Einnahmeeinbußen, bringt aber schon mittelfristig einen Anstieg der steuerlichen Einnahmen, die zu einem gesunden Wachstum führen. Ohne eine solche Initiative, sehe ich den Leerstand in den nächsten Jahren weiter anwachsen und zu einer Destabilisierung der Solinger Wirtschaft führen. Besonders im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen, welche bereits jetzt kaum noch den Innenstadt-Raum halten können.	1	49	30	19	11		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1219	Wiederbelebung Innenstadt/Untere Hauptstraße	Durch die sich ändernden Einkaufsgewohnheiten muss das Konzept einer "Einkaufsstraße", bzw. die Eröffnung von Shopping-Malls grundlegend überdacht werden. Solingen wird niemals mit anderen Einkaufshochburgen im Umland konkurrieren können, zumindest nicht mit den klassischen Systemen des stationären Handels. Vor welchen Schwierigkeiten der stationäre Handel in Solingen steht, sieht man an dem erschreckend hohen, fortschreitenden Leerstand. Auch wird die Solinger Innenstadt nur noch von einem Bruchteil – und hier nicht gerade von dem kaufstärksten Teil – der Solinger Gesellschaft genutzt. Um die Innenstadt wieder zu beleben, bedarf es mehr als ein neuer Ramschlade in Form eines Outlet-Centers, oder der im Vorfeld zum Scheitern verurteilte Feierabendmarkt: Ersteres zieht die Qualität noch weiter herunter, und hat sicherlich nicht das Potential die müden Pendler auf den Fronhof zu locken. Um Solingen für Familien attraktiver zu machen, bedarf es mehr als nur eine halbe Metallkugel an der alten Kirche. Spielgeräte-/plätze auf der Hauptstraße und ein Kinderhort für Shoppende Mütter und Väter wären hingegen hilfreich. Ein koordinierter Lieferservice der Solinger Einzel- und Wochenmarkthändler (im Geschäft oder am Stand gekauft, und am Mittag/Abend zu Hause erhalten) könnte den nötigen Einkaufskomfort liefern. Eine Umgestaltung des Entenpfuhls mit Kaffees, Terrassen und Biergärten kombiniert mit einer Anbindung von Südpark in Form von Wegweisern, Bodenmarkierungen, etc. würde die untere Hauptstraße wiederbeleben. Weitergestaltung der Trasse ähnlich der jüngeren Wuppertaler Nordbahntrasse, und Erweiterung des Radwegenetzes mit einer besseren Anbindung der Stadtteile Gräfrath, Wald und Mitte an die bestehende Trasse.	6	46	35	11	24		
Vorschlag	Teilnehmer	1220	Standort Vogelsang	wie tickt die Politik und Verwaltung unserer Stadt ? Die Zusage ist jetzt doch keine Zusage mehr! Jahrelanges Sammeln von Fakten, die dagegen und dafür sprachen, wurden mit allen Beteiligten intensivst durchgesprochen. Am Schluss stand für Alle fest, dass der Standort Vogelsang erhalten bleibt. Dies ist ab jetzt Makulatur. Wie soll der Bürger solch unschöne Entscheidung jetzt deuten? Nachdem man die anvisierten und erst jetzt publik gemachten neuen Standorte schon im Vorfeld massiv bei der Politik und Verwaltung kritisierte, wurde von diesen nun eine Abstimmung per Internet veranlasst. Das nennt die Politik, und ganz besonders Josef Neumann, unverblümt auch noch Inklusion! Wer von den vielen Nutzern, wie die Behinderten, Senioren, Migranten usw., hat wirklich von dieser Entscheidung gehört, gelesen und verstanden ? Wie sollen diese Menschen per Internet abstimmen ? Und über was soll der Bürger in diese Befragung entscheiden? Lest hier doch selbst und bildet Euch ein persönliches Urteil ! Das Statement zu Vogelsang soll beeinflussen und auf einen Standortwechsel hinzielen. Was wollen und benötigen wir in Solingen? Doch wohl ein behindertengerechtes und attraktives Bad – oder? Hat die Politik und Verwaltung dies jemals verfolgt? Nach dieser nichtbehindertengerechten Auswahl der neuen Standorte und der Fragestellung kann man dies eindeutig mit NEIN beantworten! Dies lässt sich für jeden verständlich begründen: Es stehen doch nur maximal 9 Millionen Euro zur Verfügung und keinen Cent mehr! Warum werden die Standorte nicht mit exakten Zahlen verglichen? Die Rechnung ist einfach. Nach Abzug aller Kosten wie, Abriss des alten Bades, Ertüchtigung des Grundstückes zum Verkauf oder Neubau und Erschließungskosten für die neuen Standorte, an denen Fernwärme, Kanal, Strom, Zuwege und Neubau eines Sportplatzes und vieles mehr zu berücksichtigen ist, sollte transparent aufgelistet werden. Somit steht fest: Für einen Neubau an der Focherstraße verbleiben ca. 7,5 Millionen. An der Müllverbrennungsanlage ca.5,5 Millionen und am Klingenberg auch nur ca. 5,5 Millionen. Des Weiteren sollte man auch die nichtbehindertengerechten Standorte und die Busanbindungen genauer darstellen. Frequentierung und auch die Anbindungen an die Stadtteile ist unbedingt zu beachten. Nicht zu vergessen, das nichtbehindertengerechte Klingenberg. Und der große Felsen im Grundstücksboden am Klingenberg, der einen Neubau erheblich verteuert. Die genauere Grundstücksbeschaffenheit an der Müllverbrennungsanlage fehlt mir, aber die Ausdünstungen der Müllentsorger kann man da gut riechen. Dies wäre ein aussagekräftiger Vergleich! Des Weiteren hat die Politik und Verwaltung zu keinem Zeitpunkt die Erhaltung des Gebäudes an der Focherstraße in Erwägung gezogen. Aber genau um dieses haben wir, die Schwimmbadbefürworter jahrelang gekämpft. Eine Erhaltung des behindertengerechten und noch intakten und renovierten Gebäudes, mit einer Kernsanierung des Kellers und Umbau des großen Beckens verringert die Ausgaben beim Abriss und die, des anschließenden Neubaus. Somit stünden am Standort Vogelsang sogar ca. 8 Millionen für einen Anbau sowie für die Attraktivierung des Bades zur Verfügung. Fazit: Ein Bau ohne Abriss, für 8 Millionen wird größer und attraktiver ausfallen als ein Bau mit Abriss für 7 Millionen	21	34	29	5	24		
Vorschlag	Teilnehmer	1222	Digitaler Postversand innerhalb der Verwaltung	Sämtliche Eingangspost für die Verwaltung sollte zentral gescannt, archiviert und an die einzelnen Stadtdienste weitergeleitet werden. Eine entsprechendes Dokumenten-Management-System, dass die Voraussetzungen des Dienstweges abbilden kann, müsste hierfür angeschafft werden. Dadurch kann die Abholung an den einzelnen Standorten der Verwaltung optimiert werden, was zu Kosteneinsparungen führt. Auch innerhalb der Verwaltung sollte grundsätzlich nur noch digital kommuniziert werden. Hier würden Papier- und Druckkosten entfallen.	5	73	59	14	45		
Vorschlag	Teilnehmer	1223	Fußgängerüberwege an der Korkenziehertrasse	Die Korkenziehertrasse kann in Solingen wohl als Bereicherung und erfolgreich umgesetztes Vorhaben gewertet werden. Nach meiner Beobachtung wird die Trasse von den Solingerinnen und Solingern gut angenommen und dient sowohl als Wegstrecke, sowie für sportliche Aktivitäten. Aus Gründen der Verkehrssicherheit, ist an den Übergängen Fuhrstraße, Nümmener Feld und Focher Dahl, die Einrichtung von Fußgängerüberwegen („Zebrastreifen“) zu empfehlen. Gerade für Kinder stellen diese Übergänge einen Gefahrenpunkt dar, welchen es zu entschärfen gilt. In der Priorität ist sicherlich die Fuhrstraße als erstes zu nennen, gefolgt vom Übergang Nümmener Feld. Letzterer wird leider auch von vielen Autofahrern als Umgehung der Kreuzung Zentral genutzt und es wird gerne mal „flotter“ gefahren.	4	40	22	18	4		
Vorschlag	Teilnehmer	1224	Katzensteuer einführen	kurz und knapp: Katzensteuer eingeführt	13	70	29	41	-12		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro ./. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1225	Moratorium für externe Gutachten	Ab sofort sollen keine externen Gutachten mehr vergeben werden, bevor nicht die Sachkompetenz innerhalb der Verwaltung, bei den Betrieben der Stadt (Stadtwerke Solingen, Technische Betriebe Solingen u.s.w.) und anderen Akteuren (Sozialverbände, Bürgerenergiegenossenschaft u.s.w.) angefragt wurde. Es ist schwer einzusehen, dass Solinger Sachkompetenz zwar in ganz Deutschland zur Beratung eingeladen wird, "Propheten im eigenen Land" aber nichts gelten.	8	82	76	6	70		
Vorschlag	Teilnehmer	1226	Geldeinnahmen für Solingen	Jeder Bürger ist verpflichtet für 15 l Müll pro Woche zu bezahlen. Auch Tiere machen Müll, für die soll auch eine Mindermenge festgelegt werden und die Eigentümer sollen es bezahlen.	2	40	6	34	-28		
Vorschlag	Teilnehmer	1228	Spendenbeitrag bei Kulturveranstaltungen	Durch die Ausweisung der tatsächlichen Kosten mit der Angabe einer Spendenstelle könnten Menschen, die die Kultur erhalten wollen, ihren Eintritt angemessen bezahlen.	1	37	26	11	15		
Vorschlag	Teilnehmer	1229	Konzentration auf politische Qualität 1	Auflösung der Bezirksvertretungen. Das eingesparte Sitzungsgeld wird zur Erhöhung der Sitzungsgelder für den Stadtrat benutzt. Ergebnis: Mehr qualifiziertes Interesse an der Ratsarbeit. Höhere Effizienz der politischen Arbeit durch besser ausgebildete Politiker und damit Stärkung des Images "Solingen". Die Weltmarke "Solingen" lebt von der handwerklichen Qualität ihrer Produkte. Das muss auch für die politische Arbeit gelten. Themen der Bezirksvertretungen werden auf die Ausschüsse des Rates verteilt. Diese werden dadurch aufgewertet und immer ist die Auswirkung der politischen Beschlüsse auf die Situation vor Ort Thema.	11	53	27	26	1		
Vorschlag	Teilnehmer	1230	Konzentration auf politische Qualität 2	Bau eines Saales, der eine vernünftige Debattiersituation für die Politik ermöglicht. Also Bau eines Ratssaales, der modern ausgestattet ist: alle Plätze mit Mikrofon, mit Internet, mit vernünftiger Ton- und Bildübertragung und mit wertschätzender Akustik und Sitzposition für alle, nicht nur für die Verwaltungsbank und den Oberbürgermeister. Vorteil: straffere Sitzungsabläufe, da die Pausen entfallen, bis mal jemand an ein Mikrofon gegangen ist. Stärkung der Debattenkultur, da schneller geantwortet werden kann und das Schaulaufen des Redners durch den Saal zum Mikrofon entfällt. Insgesamt entsteht eine höhere politische Qualität, die gerade für Solingen sowieso imageprägend ist.. Vgl. meinen Vorschlag "Konzentration auf politische Qualität 1". Ort dafür? Rathausparkplatz oder Park hinter dem H+ Hotel am Schlagbaum.	3	36	8	28	-20		
Vorschlag	Zebralog	1231	Warum fehlen die Vorschläge zur Musikschule an dieser Stelle?	Sehr geehrte Teilnehmende, der Geschäftsführer der Musikschule hat dem Verwaltungsvorstand dezidiert dargestellt, dass die Analysen der Beratungsfirma Rödl & Partner auf falschen Annahmen beruhen und die dargestellten Potentiale daher falsch sind. Der Verwaltungsvorstand hat daraufhin entschieden, alle Vorschläge von Rödl & Partner zur Musikschule aus der Bürgerbeteiligung herauszunehmen. Stadt Solingen* Da es sich hier nur um eine Erklärung und keinen Spar- oder Einnahmeverschlag handelt, ist die Schätzung des Spar-/Einnahmebetrags durch die Verwaltung nicht aussagekräftig; sie ist aus technischen Gründen dennoch mit 0 Euro angegeben.	1	6	4	2	2		
Vorschlag	Teilnehmer	1235	Einsparungen von Personalkosten	Einsparung von Personalkosten durch Erhöhung der Berichtsspanne auf allen Ebenen. Streichung von Führungsebenen einhergehend mit der Delegation von Verantwortung ggf. Neubewertung von Arbeitsplätzen. Ich helfe bei der Durchführung. Ich bin Personalmanager a. D. und Seniorexperte.	3	44	31	13	18		
Vorschlag	Teilnehmer	1236	Eigenverantwortliches Sparen der Ämter und Stellen fördern	Grundsätzlich wissen die Fachleute in den einzelnen Stadtabteilungen selbst am Besten was zu tun ist. Frei von den politischen Vorgaben aus dem Stadtrat, frei vom Stadteidenken. Ich habe bei einem großen deutschen LKW Hersteller in Krisenzeiten einmal einen sehr einfachen Ansatz kennen gelernt. Jede Abteilung war aufgefordert 10% einzusparen. Wie gespart wurde war den Abteilungen selbst überlassen. Dh. es war auch zulässig zu investieren wenn belegbar am Ende 10% niedrigere Kosten pro Jahr entstanden. Der Haushaltsplan 2017 geht von einem Haushalt von ca. 600 Mio € aus, das Jahresergebnis ist mit ca. -32 Mio € prognostiziert. Dh. wenn die Vorgabe für alle Mitarbeiter bedeuten würde "spart 5%", dann wäre das ein Riesenschritt. Beispiel aus Solingen ist die Renovierung der Geschwister-Scholl-Schule. Hier wurde zuerst eine fachlich falsche Kostenabschätzung abgegeben. Als dann Kosten gesenkt werden mussten, konnte die Fassade zum Beispiel einfacher und kostengünstiger ausgeführt werden. Das eine an sich sinnvolle Belüftung nicht mit ausgeführt werden konnte lag dann daran, dass die - wie gesagt fachlich schlecht gemachte - Kostenabschätzung zu weit von den in der Realität gegebenen Kosten abwich. Ich bin mir sehr sicher, dass fast jeder städtische Mitarbeiter in seinem Bereich genug Ideen hätte. Nur leider müsste man dafür die Politik raus halten, denn die würde jedes Mal wieder die Bedenken in den Vordergrund stellen. Mich erinnert Haushaltspolitik immer so ein bißchen an Hochzeit oder Geschenke/Kleidung für Neugeborene. Der Verstand setzt aus und es wird gern zu viel Geld ausgegeben. "Sie können sich das doch leisten", "Man heiratet doch nur einmal", "Gönnen Sie sich doch mal was". Herr Zwegat wäre da genau der Richtige um die Politik an dieser Stelle wieder zu erden.	6	52	51	1	50		
Vorschlag	Teilnehmer	1237	Entschädigungszahlungen von Verkehrsverbund VRR bzw. Deutscher Bahn AG	Die Stadtverwaltung tritt in Verhandlungen mit dem VRR mit dem Ziel ein, dass dieser bzw. die Deutsche Bahn AG für jeden Zug der Linie S 1, der in Hilden endet, statt wie fahrplanmäßig vorgesehen bis Solingen HBF zu fahren, eine Entschädigung in Höhe von nicht unter 6.000 € an die Stadtkasse Solingen zahlt. (Wenn man den Personennahverkehr ohne Fahrausweis nutzt, 'Schwarzfahren', muss man derzeit ein 'erhöhtes Beförderungsentgelt' von 60 € bezahlen. Die Entschädigungszahlung sollte sich an diesem Betrag orientieren. Der VRR bzw. die Deutsche Bahn AG sollten je Zugausfall 60 € multipliziert mit der Zahl der durchschnittlichen Fahrgäste je Zug auf der Strecke Hilden-Süd - Solingen an die Stadtkasse Solingen zahlen.) Erwartete Einnahmen: über 300.000 €	0	51	47	4	43		
Vorschlag	Teilnehmer	1238	Schließung Heidebad	Das Heidebad schließen und dafür ein Kombibad bauen, das sowohl bei gutem als auch bei schlechtem Wetter besucht werden kann und zu stabilen Einnahmen führt.	2	52	20	32	-12		
Vorschlag	Teilnehmer	1239	Dienstwagen 1 % Regel		4	10	6	4	2		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1240	Baumaßnahmen wirklich nötig?	Einsparung von Geldern ist möglich, indem darauf verzichtet wird, einen Fallschutz an einer seid mindestens 80 Jahre existierende Mauer zu errichten. Diese Mauer dient den Kindern der Siedlung zum Spielen, Wanderer aus dem Lochbachtal können sich hier kurz ausruhen. Mir ist kein Fall bekannt, indem es an dieser Mauer zu Unfällen kam. Dafür haben schon viele Anwohner dieser Siedlung auf oder an ihr gespielt....- und sie haben es unbeschadet überlebt. Also bitte ein bisschen mehr Vertrauen in die Meschheit, dass diese Mauer (sie steht am Franklinplatz) keine Gefahr für Solingens Bürger bietet. Und eigentlich ist die Natursteinmauer, ohne Zaun darauf, auch nett anzusehen und gehört einfach zum Bild der Siedlung!	1	42	40	2	38		
Vorschlag	Teilnehmer	1241	Vermeidung von Kosten externer Moderation	In den vergangenen Monaten haben zahlreiche Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger stattgefunden, bei denen auf die Hilfe teurer, externer Gesellschaften zurückgegriffen wurde. Dabei moderierte dann z. B. auch wiederholt eine WDR-Redakteurin. Da die Stadt über zahlreiche eigene Fachkräfte im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verfügt, sind dies unnötige Kosten.	1	83	80	3	77		
Vorschlag	Teilnehmer	1242	Verkleinerung der Stadtverwaltung	Natürlich ist es am einfachsten, Gelder stets bei den Bürgern der Stadt zu generieren. Da die Kosten dieser Kommune jedoch schon überaus hoch sind und das Leben hier entsprechend teuer, müssen andere Wege beschritten werden. Andere Städte haben meinen Vorschlag (z.B. Essen) schon erfolgreich gegen alle Stimmen praktiziert. Ich schlage vor, die Verwaltung um min. 5 % zu verkleinern. Es würde sich hieraus ein Sparpotential von mehreren Millionen ergeben. Überlastete Positionen sollten hierbei durch Umstrukturierungen gestützt werden, andere massiv abgebaut.	3	66	51	15	36		
Vorschlag	Teilnehmer	1243	Einführung eines Flüchtlings-Soli für Verwaltungsangestellte	Da die Verwaltung der Stadt Solingen allem Anschein nach geschlossen hinter der Flüchtlingspolitik steht, sollte jeder auch einen entsprechenden persönlichen Beitrag dazu leisten. Ich schlage daher einen Flüchtlings-Soli, dem Einkommen entsprechend zwischen 50 und 250 Euro p.a. für jeden Verwaltungsangestellten vor. Es kann ja nicht immer nur die Kuh beim Gewerbetreibenden gemolken werden.	10	67	14	53	-39		
Vorschlag	Teilnehmer	1244	Reduzierung des Globalzuschuss für verbandliche Aufgaben	Lt. Plan erhalten 5 Verbände eine pauschale Zuweisung von je 102.596 mit angedeuteter Steigerung, das ist über ein 1/2 Million Euro, deren Leistung weder kontrolliert noch nachgewiesen werden und das für eine Stadt, die deutlich in Schulden steckt. Diese Beträge würde ich schrittweise gern gekürzt wissen, sodaß im ersten Jahr ein Spareffekt von 100.000 Euro entsteht und im Zweitem ca. 200.000 Euro usw. bis wir tatsächlich auf die Summe 0 kommen und nur noch per Bedarf nachbessern. Ich glaube, den Verbänden geht es deutlich besser als der Stadt und von daher macht das für mich Sinn.	5	51	44	7	37		
Vorschlag	Teilnehmer	1245	Schließung der Bergischen Symphoniker	Die Symphoniker kosten die Stadt aktuell ca. 2 Mio. € p. a.! Die Verwaltung argumentiert immer gegen diesen Vorschlag mit der Aussage, dass die Musiker unabhängig von der Schließung weiter beschäftigt werden müssen. Das mag stimmen, ABER: - Arbeitnehmer/Beamte gehen naturgemäß irgendwann in Rente; die Musiker sind nicht alle gleich alt und auch nicht erst 23, - Ggf. suchen sich die Musiker einen alternativen Job oder kommen teilweise in anderen Orchestern unter, - somit steigt die Einsparung nach der Schließung nach und nach an (immer, wenn einer in Pension geht oder einen anderen Arbeitgeber gefunden hat), - weitere Einsparungen ergeben sich durch unmittelbar wegfallenden Instandhaltungsaufwand für das Equipment, keine Neuanschaffungen etc.	5	87	60	27	33		
Vorschlag	Teilnehmer	1246	Eine sinnvolle Optimierungen beim ÖPNV anstreben –nicht durch Streichungen und Kürzungen das Angebot verschlechtern!	Ein gutes ÖPNV-Angebot ist ökologisch und ökonomisch wichtig für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt! Dem entgegen schlägt die Unternehmensberatung Rödl & Partner für den ÖPNV als Teil der von Insolvenz bedrohten BSG harte Einschnitte im Angebot vor: - Komplette Streichung mehrerer Linien in den Randgebieten - Einstellung des Nachtexpress von Sonntags bis Donnerstag. Der letzte Bus fährt dann um 23:30. - Streichung einer Linie samstags und sonntags sowie mehrerer anderer Linien am Sonntag. - die Linie nach Solingen-Burg soll stark ausgedünnt werden. Sollte Burg nicht eigentlich wiederbelebt werden? Die vorgeschlagenen Kürzungen würden besonders zum Problem für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Familien mit schulpflichtigen Kindern in den Solinger Randgebieten. Auch die vom ÖPNV abhängigen Jugendlichen würden stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Familien, die nach Solingen ziehen wollen, um in ruhiger Randlage zu wohnen, würden abgeschreckt, weil ihre Kinder ohne das „Eltern-Taxi“ keine Möglichkeit hätten, zur Schule zu kommen. Der Erhalt eines gut funktionierenden ÖPNV ist ebenso wichtig für die Unternehmen, damit alle Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz erreichen können. Die geplanten Kürzungen werden zur persönlichen Mobilitätsverlust einen Umstieg auf PKWs zur Folge haben. Damit würden die Busse leerer, die Straßen voller, die Luft schlechter und die Wohnqualität gemindert. Solingen nimmt als „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ am UN-Programm für die kommunale Umsetzung der Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ teil. Die geplanten Kürzungen würden einem der von der UN beschlossenen Ziele entgegen laufen: „Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.“ Die Spar-Vorschläge der Beratungsfirma Rödl & Partner zur Musikschule wurden mittlerweile aus dem derzeit laufenden Online-Bürgerhaushalt für 2017 herausgenommen, weil sie auf falschen Annahmen beruhten. Liegt die Rödl & Partner mit seinen Annahmen beim ÖPNV richtig? Eine Insolvenz der BSG wird jedenfalls weder mit den vorgeschlagenen, noch mit weiteren Kürzungen beim ÖPNV abzuwenden sein.	7	60	52	8	44		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro J. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1247	Konzentration auf politische Qualität 3	Nach dem Zufallsprinzip werden pro Stadtteil ein Bürger oder eine Bürgerin ausgewählt, die am Meinungsbildungsprozess innerhalb des politischen Systems teilnehmen (Teilnahme an Ratsitzungen oder an Arbeitskreisen, da wo Entscheidungen fallen). Diese Menschen werden von einer Art Politikpädagogen betreut, der den komplizierten Meinungsbildungsprozess in einer Demokratie und speziell in Solingen erklärt. Der Pädagoge könnte von der Stadtverwaltung gestellt werden. Hindernisse, die der politischen Teilhabe der ausgewählten Personen entgegenstehen, werden mit Hilfe der Stadt beseitigt (Einnahmeausfälle, Babysitter, oder Dolmetscher). Diese Personen bekommen Rederecht und/oder das Recht, ihre Meinung niederzulegen und zu veröffentlichen. Es gibt eine Pflicht, diese Meinung zu bewerten (warum der Meinung gefolgt wird oder warum nicht. Das könnte eine gute Ergänzung des Parteiensystems sein, das in Solingen einzelnen Familien eine unangemessen hohe Einflussnahme über Jahrzehnte ermöglicht. Das betrifft alle Parteien. Finanzierung durch Verzicht auf Honorare für externe Berater.	3	22	12	10	2		
Vorschlag	Teilnehmer	1248	Konzentration auf politische Qualität 4	Die Vorschläge von Rödl & Partner zur Sanierung der Musikschule sind zurückgezogen worden. Die nicht mehr sichtbaren Ratschläge des Finanzsektors (Rödl & Partner) an den Kultursektor (Musikschule SG) klingen aber noch im Ohr. Finanziert der Kultursektor Musikunterricht an Orchideeninstrumenten? Die Assoziation "Liebhabeerei" wird sicherlich nicht zufällig nahegelegt. Ist der Kultursektor zu billig? Da dieses löbliche Portal einen Beitrag zur Bürgerbeteiligung und damit zur politischen Qualität in SG darstellen will, wäre es schön, wenn auch unangenehme Fragen nicht durch Bauernopfer (Rödl & Partner) sondern durch Mitteilungen beantwortet würden: Deshalb noch einmal die Frage 1: Erzielt die Musikschule Einnahmen durch den Unterricht von Orchideeninstrumenten? Decken diese evtl. den Aufwand? Die Frage 2 lautete: Gibt es im Umfeld eine Musikschule, die höhere Gebühren nimmt als die unsrige? Sollten Kosten durch die Beantwortung der Fragen entstehen, böte sich als Finanzierung eine Kürzung der Rechnung von Rödl Partner wegen Minderleistung an.	1	15	9	6	3		
Vorschlag	Teilnehmer	1249	BGSneu07: Solinger Bädergesellschaft (SBG): Ertragspotenzial durch Preisanstieg bei Vermietung der Schwimmbecken	Seit fast 40 Jahren bin ich in unserer Stadt für gehandicapte Menschen ehrenamtlich tätig. Wenn ich diesen Beitrag und die dazugehörigen Kommentare hier lese und auch noch diese Abstimmung betrachte, bin ich einfach fassungslos! Wie ist es möglich, dass ein so lapidar formulierter Einsparbeitrag, als Diskussions- und Abstimmungsgrundlage ins Bürgerbeteiligungsportal gelangt? Sind die 12.000 Euro wirklich elementar für die Sicherung des Haushaltes und rechtfertigen somit einen so ausgrenzenden Vorschlag der Verwaltung? Kann man diesen Vorschlag als gesetzliche Zusicherung einer vollen Einbeziehung der Menschen mit Behinderung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft auffassen? Ich frage mich allen Ernstes, ob wirklich jedem, das seit dem 23.03.2009 gültige Gesetz, nämlich die Behindertenrechtskonvention bekannt ist? Hierzu meine herzlichste Empfehlung an Alle, dieses Gesetz intensiver zu lesen, damit solcher Lapsus nicht noch einmal passiert. Die zuständigen Politiker, Verwaltung und auch die Leiter der vielen Einrichtungen, die sich für diese nicht kleine Gruppierung von NUR ca. 25.000 registrierten Behinderten in unserer Stadt verantwortlich zeichnen, sind sicher bestens im Thema. Wurden sie gefragt? Anscheinend nicht! Sonst stände dieser Vorschlag des Beratungsunternehmens Rödl & Partner hier nicht so als Spar- und Einnahmenvorschlag der Verwaltung. Die Eintrittspreise der Vereine Reha- und Behindertensportverein Solingen 1953 e.V (RBS) und auch der Behinderten Sportgemeinschaft Solingen e.V. (BSS) sollen auf 2,40 € je Person und Nutzungstag angehoben werden. Die Umsetzung dieses Vorhabens bedeutete für jeden Teilnehmer: 2,40 € mal 52 Wochen - entsprechen 124,80 € an jährlichen Mehrkosten! Im Falle einer wöchentlich zweimaligen Nutzung (Dienstag und Donnerstag) wären es sogar 249,60 € jährlich. Diese Beträge sind für sehr viele Mitglieder nicht bezahlbar, da sie bei der Lebenshilfe beschäftigt sind oder nur auf ein sehr, sehr geringes Einkommen bzw. Rente zurückgreifen können. Eine Preisanhebung in diesem Ausmaß hätte unweigerlich die Auflösung der beiden genannten Vereine, den Entzug der sportlichen Betätigung, der sozialen Kontakte und somit der gesellschaftlichen Teilhabe für diese Menschen zur Folge. Ich würde mir wünschen, dass jeder Abstimmungswillige vorher persönlich eine Einrichtung der Lebenshilfe oder ähnliches in Augenschein nimmt und sich dort über die Menschen einen Einblick verschafft. Mit ihnen in Kontakt tritt und auch Erkundigungen über die Arbeit und Einkommensverhältnisse einzieht. Des Weiteren auch den Lebensraum, die Lebensweisen und Lebensart und vieles mehr in Erfahrung bringt und dann sein eignes Gewissen prüft und wirklich erst danach abstimmt. Arnold Falkowski	13	35	19	16	3		
Vorschlag	Teilnehmer	1250	Vogelsang	Behinderte laut Gesetz Anspruch auf eine uneingeschränkte Teilhabe ! So ein Spar Beitrag gehört wirklich nicht in dieses Forum .diese Gruppe ist hier schutzlos und kann sich nicht selber zu Wort melden..man kann nur den wenigen dankbar sein, die sich für diese Menschen stark machen.	10	16	12	4	8		
Vorschlag	Teilnehmer	1251	Badneubau	ST Vorschläge: m.E. am geeignetsten Weyersberg. Jedoch ist Neubau notwendig??? Schwimme seit Jahren dort jede Woche: sichtbar alles sauber und OK (fast) Vorschlag :Pultdach 100.000,- ; Rundumpfleger 80000,-; Innendach 50000,-; Fassade-Glas 200000,-; Technik 1500000,-, sonstiges Planung 70000,-; macht ca. 2 Millionen! Wie schmeißt Ihr mit dem Geld um Euch? Gruß HJ Weller	1	22	2	20	-18		
Vorschlag	Teilnehmer	1252	Freiwilliger Lohnverzicht in Höhe von 8% von Solinger Mitarbeitern des höheren öffentlichen Dienstes und Spitzenbeamten (Besoldungsordnung ab A15/komplette Besoldungsordnung B)	Aufgrund der dramatischen Lage sollen die Spitzenbeamten, sprich die komplette Besoldungsordnung B, wie auch die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der Besoldungsordnungen ab A15 auf 8% ihres Gehaltes/Soldes freiwillig verzichten. Die Besoldungsordnungen betreffen hierbei die Mitarbeiter des höheren Dienstes oder die Stadtspitze, wie Oberbürgermeister und Dezernenten. Der freiwillige Lohnverzicht ist mehr als ein symbolischer Wert. Er soll vorläufig bestehen bleiben bis die Kämmerei die veranschlagte schwarze Null für den Etat in 2021 präsentieren kann. Bei der festgelegten Besoldungsordnung von 4.737,97 Euro/monatlich bis 12.376,97 Euro/monatlich ist der freiwillige Lohnverzicht vertretbar, eine Unterstützung für die Stadt und zeitgleich ein Motivator. Dass der freiwillige Lohnverzicht keine schwarze Null alleine bringt ist logisch, aber das macht eine Hundesteuer schon mal erst recht nicht ;-) <a href="http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/einkommenstabellen/besoldungstab_nordrhein-westfalen_160801.pdf">http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/einkommenstabellen/besoldungstab_nordrhein-westfalen_160801.pdf</a> <a href="http://www.rp-online.de/nrw/staedte/solingen/buergerhaushalt-nur-zwei-besucher-bei-info-abend-aid-1.6299502">http://www.rp-online.de/nrw/staedte/solingen/buergerhaushalt-nur-zwei-besucher-bei-info-abend-aid-1.6299502</a>	5	65	44	21	23		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro J. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1253	Keine Finanzierung von Vereinen oder sonstigen Vereinigungen	Damit die Stadt wirklich wieder ihren Haushalt geregelt bekommt und gleichzeitig weiter handlungsfähig bleibt, ist der Vorschlag, dass keine Vereine, ausgenommen jene, die zum Erhalt der öffentlichen Ordnung und Sicherheit (z.B. freiwillige Feuerwehr) und die zum Allgemeinwohl beitragen, mehr Fördergelder in irgendeiner Weise erhalten. Vereine sollten in der Lage sein sich selbst zu tragen und können sich nicht auf Kosten einer Stadt sanieren oder fördern lassen. Ein Verein kann ja auch Budis oder Ehrenamtler einstellen, wenn dieser ebenfalls Finanzprobleme hat.	1	59	16	43	-27		
Vorschlag	Teilnehmer	1254	Nebenkostenerstattungen für Kunden des Jobcenters	Ich vermiete mehrere Wohnungen an Kunden des Jobcenters. In diesem Zusammenhang erstelle ich Nebenkostenabrechnungen, deren Gutschriften an die Mieter ausgezahlt werden, da hinsichtlich dieser Guthaben zwischen mir als Vermieter und dem Jobcenter keine Vereinbarungen bestehen. Ich gehe davon aus, dass diese Rückzahlungen für das Jobcenter ins Leere laufen und schlage deshalb vor, entsprechende Abführungsvereinbarungen zu schließen, da mögliche Nachzahlungen auch vom Jobcenter geleistet werden. Durch die gefallenen Energiekosten werden auch dieses Jahr in meinem Umfeld z.T. erhebliche Nebenkostenerstattungen entstehen.	3	46	39	7	32		
Vorschlag	Teilnehmer	1255	Land und Bund	M.E. haben das Land und der Bund durch die sog. "Reformpolitik" der vergangenen Jahre viele Kosten auf die Kommunen abgewälzt (Sozialausgaben, Bildung...) Deshalb sollten sich die Kommunen mit vielen Migrant/inn/en und sozialen Problemen (Arbeitslosigkeit etc.) viel deutlicher bei der Landes- und Bundesregierung Gehör verschaffen. Unsere Landtags- 8und Bundestagsabgeordneten betreiben zu viel Parteipolitik und setzen sich nicht für SG ein: sie sollten endlich in die Pflicht genommen werden, für SG und nicht für CDU bzw. SPD einzutreten. Der Solidaritätsbeitrag muss auf die notleidenden Kommunen z.B. in NRW umgeleitet oder abgeschafft werden.	1	36	30	6	24		
Vorschlag	Teilnehmer	1257	Ausdehnung bewirtschafteter Parkraum	Wer Platz für sein Auto braucht, sollte auch dafür zahlen. Grundstücke für andere Dinge kosten schließlich auch Geld. Aber noch immer ist der Parkraum vieler, auch zentrumsnaher, Straßen unbewirtschaftet. Während man beispielsweise an der unteren Düsseldorfer Straße Parkgebühren verlangt, ist das Parken direkt um die Ecke, am Heiligenstock, kostenlos. Warum? Man sollte den Parkraum also viel flächendeckender bewirtschaften. Sinnvoll wäre es auf vielen Straßen auch, die Parkmöglichkeiten zu reduzieren (Attraktivierung des Straßenraums!) und die verbleibenden Stellplätze für Anwohner zu reservieren - dann aber mit kostenpflichtigem Anwohnerparkausweis. Das wären verlässliche Einnahmen.	12	57	12	45	-33		
Vorschlag	Teilnehmer	1258	Austausch der Beleuchtung	Austausch der Straßenbeleuchtung aber auch der Beleuchtung in allen öffentlichen Gebäuden auf LED Technik. Die Kosten hierfür amortisieren sich in kürzester Zeit und die Umwelt profitiert nebenbei auch noch.	3	65	60	5	55		
Vorschlag	Teilnehmer	1259	Umbau Birker Bad	Hier muss ein Publikumsmagnet hin wie z.B das Ebertbad in Oberhausen das als Veranstaltungsort umgebaut wurde. In Kombination könnte hier auch eine Diskothek mit Biergarten entstehen und so auch das Nachtleben in der Innenstadt beleben und den Südpark mit der Innenstadt verbinden. Damit würden gleichzeitig auch die Frequentierung der unteren Hauptstraße zunehmen und diese Lage z.B. auch für die Gastronomie attraktiver machen. Auch aus den Umliegenden Städten würden dann mehr Besucher kommen. Aber bitte keinen Umbau in eine Markthalle, das ist eine Totgeburt mit Ansage!	5	46	30	16	14		
Vorschlag	Teilnehmer	1260	Freiwillige Bürgerabgabe	Viele Bürger in Solingen haben Interesse Infrastruktur, Dienstleistungen und Kultur in Solingen zu erhalten und zu stärken. Daher sind sicherlich auch viele bereit, die Stadt für diese Anliegen finanziell zu stärken. Mein Vorschlag ist, die Bürger zu einer freiwilligen, monatlichen Bürgerabgabe zu bewegen. Beispielsweise 20, 50, 100 oder mehr Euro. Neben den vielen kleinen Beiträgen gäbe es sicherlich unter den Vermögenden auch Bürger, die große Beiträge leisten können und den Standort Solingen gerne stärken. Einnahmen von mehreren Millionen Euro pro Jahr sind hier denkbar. Die sich beteiligenden Bürger könnten entsprechend gewürdigt werden, vielleicht auch in einigen Bereichen Vergünstigungen erhalten (kostenloser Eintritt in Museen o.ä.), Transparenz oder Zweckgebundenheit der Einnahmen sind natürlich sicherzustellen.	4	51	20	31	-11		
Vorschlag	Teilnehmer	1261	Hallenbad Vogelsang	In Esslingen wurde um ein " altes " Bad ein neues angebaut und dann das " alte " mit einbezogen. Heute steht hier ein modernes Bad mit Saunalandschaft usw. Das wäre eine Idee für unser Hallenbad Vogelsang . s. Merkel 'sches Schwimmbad Esslingen	11	46	34	12	22		
Vorschlag	Teilnehmer	1262	Mobilitätsabgabe	Die Stadt Solingen führt eine Mobilitätsabgabe für jeden Haushalt ein. Für einen Betrag von 20,- € monatlich pro Person können alle Busse der Stadtwerke und alle öffentlichen Parkplätze kostenlos genutzt werden. Größter Nutzen ist die sichere Finanzierung des Busverkehrs, außerdem entstehen Kostenreduzierungen durch die Abschaffung der Parkscheinautomaten und weniger Kontrollaufwand. Insgesamt ist mit Mehreinnahmen + Ausgabenreduzierung von 20 Mio € jährlich zu rechnen	9	62	35	27	8		
Vorschlag	Teilnehmer	1263	Anzahl der Wahlstimmbezirke verkleinern	Der Zuschnitt von Wahlstimmbezirken orientiert sich an der Zahl der Wahlberechtigten in einem Bezirk. Durch abnehmende Wahlbeteiligung und zunehmende Briefwahl wird der Zahl der Wähler im Wahllokal stets weniger. Die Auslastung des Wahlvorstandes sinkt. Eine Bewältigung von zurzeit zwei Stimmbezirken durch einen Wahlvorstand erscheint möglich. Die Einsparung beträgt die an Erfrischungsgeldern, an Verwaltungsaufwand und an Verbrauch von ehrenamtlichen Engagement.	1	59	47	12	35		
Vorschlag	Teilnehmer	1264	Fraktionsgelderhöhung wieder zurücknehmen	Leider ist es nicht erklärlich warum sich der Rat in dieser Situation sich die Fraktionsgelder um ca. 130.000 EUR erhöht hat. Unabhängig des großen Medienspektakel über die Malteser ging diese Meldung fast unter: <a href="http://www.rp-online.de/nrw/staedte/solingen/ratsfraktionen-genehmigen-sich-hoeheren-zuschuss-aid-1.6079502">http://www.rp-online.de/nrw/staedte/solingen/ratsfraktionen-genehmigen-sich-hoeheren-zuschuss-aid-1.6079502</a> . In dieser Situation hätte man eher eine Entlastung erwartet statt einer Erhöhung von ca. 20% ,aber scheinbar sieht man das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes schon erreicht.	11	76	70	6	64		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1265	VIP Pass für MVA	Die MVA ist gut besucht und jeder der samstags schon mal da war, weiss das sich die Wartezeiten schon ausdehnen können. Warum nicht dazu einen VIP-Dienst einrichten, der für einen kleinen Aufpreis, eine bevorzugte Einfahrt gewährt. Dies ließe sich, mittels Webangebot(PAYPAL,Überweisung, etc) leicht einrichten und könnte simpel umgesetzt werden. Die Mehreinnahmen könnten zur Stützung der anderen Betriebe dienen z.B. Hallenbad, etc. Gleiches gilt natürlich für alle anderen Stellen, wo Zeit teuer ist.	4	34	11	23	-12		
Vorschlag	Teilnehmer	1266	Vereinheitlichung der Sitzungsgelder für Aufsichtsräte und Sparkassenverwaltungsrat	Die Höhe der Sitzungsgelder für die Teilnahme an Sitzungen von Aufsichtsräten und dem Verwaltungsrat der Solinger Sparkasse sollen vereinheitlicht werden und sich an den Regelungen der Sitzungsgelder für Rats- und Ausschusssitzungen orientieren.	0	52	50	2	48		
Vorschlag	Teilnehmer	1267	Geschäftsführer- und Vorstandsgehälter senken	Auch führende Mitarbeiter städtischer Unternehmen müssen einen Sparbeitrag leisten. Die Gehälter von Geschäftsführern städtischer GmbHs sollten bei Vertragsverlängerungen oder bei neuen Arbeitsverträgen spürbar abgesenkt werden. Ebenso gehören die Gehälter der Vorstände der Sparkasse Solingen zur Diskussion gestellt. Im Jahr 2015 verdiente allein der Vorstand Stefan Grunwald 418 Tsd. Euro. Sein Stellvertreter Manfred Kartenberg bekam 384 Tsd. Euro. Diese Gehälter sind reinster Irrsinn, gerade wenn man sich dazu noch die prekäre Situation der Stadt vor Augen hält. <a href="https://www.sparkasse-solingen.de/pdf/vertragsbedingungen/Jahresbericht.pdf">https://www.sparkasse-solingen.de/pdf/vertragsbedingungen/Jahresbericht.pdf</a>	5	69	66	3	63		
Vorschlag	Teilnehmer	1268	Erhöhung der Bußgelder für Verschmutzung	Ich weiß nicht in welcher Größenordnung ich hier denke, jedoch würde ich versuchen, durch eine dramatische Erhöhung von Bußgeldern für z.B.: Zigarettenkippen oder Kaugummis auf den Boden werfen oder vor allem auch Hundekot auf Gehwegen oder Rabatten, die Einnahmeseite zu stützen. Vor allem würde dies unabhängig davon, <del>dem Stadtbild und der Sauberkeit sehr gut tun</del>	10	58	56	2	54		
Vorschlag	Teilnehmer	1270	Senkung der Grund- und Gewerbesteuer	Anstatt die Steuern kontinuierlich zu erhöhen wäre es doch sinnvoll mal über eine Investition in Form einer Senkung der o.g. Steuern nachzudenken, analog der umliegenden Städte (Monheim, Langenfeld, Leichlingen etc) Ziel muss es sein Solingen wieder attraktiv zu machen für Unternehmen und Einwohner. Ich kann nicht verstehen was Solingen so besonders macht, dass entsprechende Sätze verlangt werden und auch noch über Erhöhungen nachgedacht wird. Meiner Meinung nach ist dies eine Spirale nach unten .	4	44	32	12	20		
Vorschlag	Teilnehmer	1271	Flächennutzung Solinger Naherholungsgebiete	Derzeit leiden die Solinger Naherholungsgebiete subjektiv unter einer stark verminderten Nutzung durch die Bürger, weshalb die laufenden Ausgaben für deren Erhaltung berechtigter Weise auf den Prüfstand gehören, bzw. über eine Attraktivitätssteigerung nachgedacht werden muss: Beispiel Bärenloch: Die vorhanden Einrichtungen, wie Skatepark, Beachvolleyball, Basketballplatz, Spielplatz werden nur sehr unzureichend genutzt. Selbst an Nachmittagen im Sommer kommt man höchstens auf 5-7 Familien. Beispiel Gräfrather Heide: s.o.. Beispiel Brückenpark: s.o. M.E. gilt es festzustellen, wieso der Nutzen zur Zeit so gering aus fällt (demographischer Wandel der Anlieger? Unzureichende Infrastruktur? Unkenntnis über das Angebot? Fehlendes Begleitangebot?), um im nächsten Schritt über eine Einsparung (Umnutzung/Aufgabe), bzw. Investition nachzudenken.	3	30	11	19	-8		
Vorschlag	Teilnehmer	1272	Gebühren für Privatanlieferungen an Wertstoffhöfe	Anstelle der kostenfreien Anlieferung an die Wertstoffhöfe sollte auch hier über eine minimale Bürgerbeteiligung nachgedacht werden. So würde z.B, ein Beitrag von 2.5€ je angelieferten Sack von Gartengrünschnitt oder 1€/kg Schrott, Plastik oder Altpapier ein deutliches Plus in der Stadtkasse bedeuten.	10	42	5	37	-32		
Vorschlag	Teilnehmer	1273	Schwimmbadplanung	Ich wünsche mir im neuen "Vogelsang" jeweils eine kleine Damen- und Herrensauna an den Duschen angeschlossen, Vorbild sind die sanitären Anlagen in den nordischen Ländern!	3	23	15	8	7		
Vorschlag	Teilnehmer	1275	Personal (und Soziales)	Auch wenn es schmerzt, aber schaut man sich die größten Kostenblöcke im Haushalt an ( <a href="http://www.stadtsolingen.de/haushalt-2017/PDF/HH_B_Vorbericht.pdf">http://www.stadtsolingen.de/haushalt-2017/PDF/HH_B_Vorbericht.pdf</a> ), dann sind dies Personalkosten und Sozialabgaben. Und vermutlich ließe sich hier der größte Einsparungseffekt erzielen. Doch da Sozialabgaben früher oder später jedem Bürger zu Gute kommen (alle werden älter und wollen umsorgt werden), bleibt nur die innere Struktur übrig. Es müssten externe Controller Arbeitsplatz für Arbeitsplatz untersuchen. Vermutlich würde sich der ein oder andere Arbeitsplatz von 2 auf 1 reduzieren lassen. (Braucht jede öffentliche Einrichtung einen eigenen Hausmeister, oder können sich benachbarte Gebäude auch einen teilen?). Doch wer sägt schon gerne am eigenen Ast...	3	34	23	11	12		
Vorschlag	Teilnehmer	1276	Neubau Schwimmbad	Ich bin dafür, daß das neue Schwimmbad hinter der Müllverbrennungsanlage gebaut wird. Dort ist genug Platz für das Bad und auch für die Parkplätze. Eine Anbindung von der Viehbachtalstraße ist nicht nötig, da die Kapazität der Sandstraße ausreicht.	3	34	4	30	-26		
Vorschlag	Teilnehmer	1277	Spiel mit den Steuern	Sicherlich ist die schönste Einnahmesituation einer Kommune eine volle Kasse durch die Gewerbesteuer. Auf dem jetzigen Niveau sind allerdings kaum Anreize für den Standort Solingen gegeben. Natürlich muss dieses auch erst einmal finanziert werden und an Geld fehlt es zur Zeit. Ergo benötigen wir eine "Vorfinanzierung" Mein Vorschlag: per 2017: Erhöhung der Grundsteuer um 150 Punkte. Dies sollte uns etwas Luft und Puffer schaffen um die Hürde 2018 irgendwie nehmen zu können. Um einen Anreiz für Gewerbetreibende zu bieten, muss ein entsprechender mittelfristiger Plan her, daher: 2018-2023: Senkung der Gewerbesteuer um 20 Punkte pro Jahr. Sollte dieses entsprechend Früchte tragen, stufenweise Rückführung der Grundsteuer ab 2020. Dies klingt natürlich mal erst hart aber Medizin schmeckt meist nie. Wichtig ist wirklich eine solide Gewerbestruktur. Arbeitsplätze sichern, Arbeitsplätze vielleicht sogar wieder mehr vor Ort zu haben etc. Ich denke durchaus ein Investment in die Zukunft und nicht für die Katz.	1	27	13	14	-1		
Vorschlag	Teilnehmer	1278	Orchester streichen oder Preise anheben	Durch die Sinfonieorchester im Umkreis (Wuppertal, Düsseldorf etc) würde diese Streichung keine alzu großen Auswirkungen haben.	8	46	24	22	2		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro J. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1279	Bürgerbüro verkleinern	So selten wie der Bürger ins Bürgerbüro kommt kann er auch mal 1h warten. Dadurch können locker 2 - 4 Stellen eingespart werden. Weiterhin gibt es in der Verwaltungsgruppe 3 Mitarbeiter, obwohl die Haupttätigkeit an das Callcenter gegeben wurde. Der Leiter des Teams erzählt in Sportkreisen, dass er während der Arbeit für die Spruchkammer des Fussballverbandes arbeiten darf. Warum zahlt das der Bürger? Auch hier könnte man 1 Stelle sparen, da die Tätigkeiten weggefallen bzw verlagert wurden.	0	33	8	25	-17		
Vorschlag	Teilnehmer	1280	Mehr Selfservices	Die Mitarbeiter und auch die Bürger sollten viel mehr im Internet selber machen können. Hier muss die Verwaltung viel moderner werden. So können z.B. Urlaubs- und Dienstreiseanträge elektronisch angelegt und freigegeben werden. Es wäre kein Papier und keine manuelle Erfassung mehr nötig.	1	32	31	1	30		
Vorschlag	Teilnehmer	1281	Aufgabe der Gebäude Gasstr	Die Gebäude Gasstr sollte man aufgeben und z.B. In Objekte der Sparkasse verlagern. Da diese immer mehr ihre Filialen schließt gibt es genug Objekte. So z.B. In Aufderhöhe, Ohligs und Merscheid.	2	21	9	12	-3		
Vorschlag	Teilnehmer	1282	Konsequentes Ahnden von Verstößen im ruhender Verkehr	In den Aussenbezirken wird in Bushaltestellen, absolutem Halteverbot etc geparkt. Mehr Politessen können hier schnell viel Geld erwirtschaften.	2	31	23	8	15		
Vorschlag	Teilnehmer	1284	Kürzung Beiträge der AWO	Die Beiträge der AWO sollten auf 1/4 gekürzt werden. Das würde für den Bürger keinen Nachteil bieten.	3	29	17	12	5		
Vorschlag	Teilnehmer	1286	Freiwillige Feuerwehr Rupelrath und Merscheid schliessen	Die Freiwilligen Feuerwehren von Rupelrath und Merscheid könnten mit der Freiwilligen Feuerwehr Ohligs zusammengelegt werden. Die Einsatzgebiete grenzen aneinander und gerade Rupelrath ist dünn besiedelt und benötigt keine eigene Wache. Dieses würde Gebäude und Fahrzeuge sparen.	2	28	12	16	-4		
Vorschlag	Teilnehmer	1287	Vollstreckung der Stadt verbessern	Die Stadt treibt viele Schulden nicht ein, da bei der Vollstreckung zuwenig Mitarbeiter arbeiten. Jeder weitere Mitarbeiter steht sicherlich für mehrere 100t €	1	30	29	1	28		
Vorschlag	Teilnehmer	1288	Todesanzeigen für städtische Mitarbeiter abschaffen	Die Todesanzeigen für Mitarbeiter, die seit vielen Jahren in Rente sind, sind eher scheinheilig. An die wenigsten erinnert man sich und nötig ist das im Endeffekt auch nicht.	2	47	29	18	11		
Vorschlag	Teilnehmer	1289	Feste von Vereinen auf städtischen Grundstücken prüfen	Viele Vereine (wie z.B. die Feuerwehr) feiern auf städtischen Grundstücken, verbrauchen dort Strom und Wasser und rechnen das nicht ab. Somit zahlt der Bürger hier für Energie und die Einnahmen gehen in die Kasse der Vereine.	3	28	11	17	-6		
Vorschlag	Teilnehmer	1290	Pferdesteuer einführen	Es ist schon lange an der Zeit, dass die Pferdebesitzer zur Kasse gebeten werden. Dieses ist in anderen Städten längst gang und gäbe, warum noch nicht in Solingen?	6	46	33	13	20		
Vorschlag	Teilnehmer	1291	Ermittlungsdienst des Ordnungsamtes zusammenlegen	Viele Ermittlungen des Ordnungsamtes enden dadurch, dass der Gesuchte z.B. In Remscheid oder Wuppertal wohnt. Wenn man den Ermittlungsdienst mit den Städten zusammenlegen würde, dann würden kostspielige Amtshilfeverfahren entfallen.	1	29	23	6	17		
Vorschlag	Teilnehmer	1292	Kooperation der Stadtwerke im öpnv vorantreiben	Die Wuppertaler, Remscheider und Solinger Verkehrsbetriebe zusammenlegen. Das spart Verwaltungsmitarbeiter und auf Kosten in der Werkstatt und im Betrieb. So halten alle jeweils eine hohe Anzahl Fahrzeuge für Ausfälle etc zur Verfügung. Zusammen wären das deutlich weniger.	3	32	20	12	8		
Vorschlag	Teilnehmer	1293	Rasspe Projekt stoppen	Für das ehemalige Rasspe Gelände gab es einen privaten Investor, der die Sanierung komplett aus Eigenmittel vorgenommen hätte und dort 120 gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen hätte. Darüber hinaus wären noch einige Tausend Qm Flächen zur Vermarktung durch die Wirtschaftsförderung übrig geblieben. jetzt soll mit 7 Mio € Steuergelder(davon 1 Mio aus SG) das Gelände saniert und zu einem Zentrum für IT-Dienstleister ausgebaut werden. 1.) Der private Investor würde innerhalb weniger Jahre zu einem Gewerbesteuerzahler. 2.) Das Gelände ist eine der wenig verblieben Flächen, mit sehr guter Autobahnbindung für Schwerlastverkehr. 3.) It- Unternehmen suchen immer den Anschluss an den ÖPNV, da viele Mitarbeiter diesen stärker nutzen, als Mitarbeiter in anderen Branchen. Für diese Unternehmen, die nur Büroflächen benötigen, wären die seit 10 Jahren leeren Flächen im Südpark oder Leerstand in der City wesentlich besser geeignet. 4.) Herr Balkenhol und Herr Kurzbach haben in einem Interview erklärt, dass sie nicht davon ausgehen, dass Sie die investierte Summe jemals zurück bekommen.	4	42	36	6	30		
Vorschlag	Teilnehmer	1295	Ausweitung Carsharing	Carsharing sollte im großen Umfang erweitert werden und städtische Mitarbeiter sollen verpflichtet werden diese Fahrzeuge, und falls keins bereit steht den öpnv, zu nutzen. Das schon die Umwelt und führt zu einer deutlichen Verkleinerung des Fuhrparks	2	30	20	10	10		
Vorschlag	Teilnehmer	1296	Neues Schwimmbad	Ich schlage vor, für Solingen ein Freizeit- und Spassbad zu bauen, auch wenn dies verschiedene Gremien, zuletzt auch Gerd Brems, kategorisch ablehnen. Warum kann nicht mal etwas gebaut werden, was den Solingern Spass bringt wie das Monamare oder das Hildorado? Nur Standard kann jeder. Die Mehrkosten zu den gar nicht fixen 9 Mio. Betragen rund 5 Mio. Eur und spielen sich über die höhere Nutzung ein. Schon heute sage ich voraus, das die 9 Mio. nicht reichen da jedes Projekt der städtischen Hand teurer wird. Dann doch lieber gleich etwas vernünftiges, attratives. Durch den Bau auf einem anderen Grundstück könnte der Betrieb aufrecht erhalten bleiben und das Grundstück später vermarktet werden. In Kombination mit der neuen BHC Halle würden sich sogar Synergieeffekte ergeben wie z.B Parkplätze, Heizkraft, Gastronomie, Personal. Wurde das einmal dutchdacht? Warum wird in Solingen immer nur im klein klein gedacht? Solingen bräuchte einmal einen Masterplan 2030, in dem zukunftsweisende Ideen nach Ideenwettbewerben festgelgt und dann nach und nach umgesetzt werden. Solingen kann das auch wenn es andere können. Man muss nur wollen	3	27	3	24	-21		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1298	hallenba	hinter dem Hallenbad fällt das Gelände ab. dadurch entfällt ein Ausbaggern. es kann also ein neues Bad gebaut werden ohne das alte bad sofort abreißen zu müssen. nach Fertigstellung kann das alte Bad abgerissen werden und es entsteht Platz für Parkplätze.	2	25	15	10	5		
Vorschlag	Teilnehmer	1299	Hohes Einnahmepotential	verspreche ich mir von einer Vermietung der Strecke Solingen - Glüder an die KFZ-Hersteller als Stoßdämpfer- und Fahrwerks-Teststrecke. Solch eine herrliche Buckelpiste findet man wahrscheinlich in ganz Deutschland nicht, oder sie müsste erst teuer hergestellt werden. Ferner könnte man dort für Fußgänger und Radfahrer Survivalkurse veranstalten. Solingen muss lernen, aus Nöten Nutzen zu ziehen. Wir schaffen das!	2	19	8	11	-3		
Vorschlag	Teilnehmer	1300	Hallenbad	zu Wald gibt es keine Alternative	2	21	18	3	15		
Vorschlag	Teilnehmer	1301	Durchsetzen der Anleimpflicht für Hunde	Täglich erlebt man als Fußgänger, Radfahrer oder Jogger das man von freilaufenden Hunden attackiert wird. Die uneinsichtigen Besitzer kommentieren dies dann mit "Der will doch nur spielen". Der Ordnungsdienst kann über Kontrollen und Bußgelder durchsetzen, das Hunde auf öffentlichen Plätzen angeleint werden, z.B. in den Fußgängerzonen, auf Spielplätzen, der Korkenziehertrasse, in Naherholungsgebieten und Parks.	2	41	32	9	23		
Vorschlag	Teilnehmer	1302	Infrastrukturverein Solingen eV gründen	Vielleicht sollten Solinger Bürger einen Infrastrukturverein gründen. An diesen Verein können projektbezogene Spenden geleistet werden, wodurch man über die steuerliche Absetzbarkeit der Spenden zwangsweise Herrn Schäuble mit ins Boot holt. Wenn der Bund zu wenig zuschießt, müssen wir eben innovative Wege gehen und den Bund auf diese Weise an der Finanzierung bestimmter Projekte beteiligen. Die Verteilung der Mittel aus dem Verein obliegt dem Vereinsvorstand, nicht der Politik.	1	16	8	8	0		
Vorschlag	Teilnehmer	1303	Leasingverträge für Notebooks/Laptops in der Verwaltung prüfen und kürzen	Die Stadt Solingen leistet sich in der Verwaltung sehr teure Leasingverträge für Notebooks. Da werden für Führungskräfte und die vielen neuen (teils unnötigen) Stabsstellen sehr teure Notebooks per Leasingvertrag angeschafft. Das geht dann hoch bis zu Stadtspitze mit z.B. einem Notebook im Wert von 5000,- € auf vier Jahre geleast. Mir sind in der Verwaltung keine Aufgaben bekannt, die nicht auch mit einem 1000,- € Notebook bewältigt werden könnten. Leider besteht immer noch eine "Rangordnung", nach der Vorgesetzte auch ein besseres Notebook/ bessere Hardware als die jeweils untergebenen Mitarbeiter haben müssen und auch haben können. Das ist eine veraltete Denkweise, annimmt nicht zum Sparen, ist ein schlechtes Vorbild und belastet die Stadt und somit alle Bürger vollkommen unnötig. Es wäre auch ein Notebook-Pool möglich, nicht jeder braucht täglich ein Notebook. Das ist mit Konten, Remote-Zugriff etc. kein Problem mehr in der Handhabung...	4	49	48	1	47		
Vorschlag	Teilnehmer	1304	Satzungsänderung zur Einsparung von Kosten bei Bürgerentscheiden	Während in anderen Städten und Gemeinden die Satzung die Zusammenlegung von Bürgerentscheiden mit Wahlen erlaubt und somit Geld gespart wird (Porto/ Personal), wird dies durch die Solinger Regelung (Satzung der Stadt Solingen für die Durchführung von Bürgerentscheiden) immer noch verhindert. Eine Zusammenlegung fördert auch eine hohe Wahlbeteiligung.	4	39	37	2	35		
Vorschlag	Teilnehmer	1305	Kein Neubau eines 2. Kunstrasenplatzes in SG- Aufderhöhe/Höher Heide – Gelder für Rücklagen zur Sanierung der existierenden Plätze in SG verwenden	Verzicht auf Neubau eines zusätzlichen Kunstrasenplatzes in Aufderhöhe. Freiwerdende Gelder können z.T. in die Einsparungen gehen, sollten aber auch als Rücklagen für die Sanierung der existierenden Kunstrasenplätze in Solingen verwendet werden. Minimierung der Risiken für die Haushalte der nächsten Jahre. Die geplanten Erlöse aus dem Verkauf des Ohligser Stadions (laut Rheinische Post : 3 Mill €) sollen z.T. in einen weiteren Kunstrasenplatz in SG-Aufderhöhe verwendet werden (laut RP : 1,5 Mill €). Die Kosten der Sanierung der existierenden Kunstrasenplätze ist bisher nicht gesichert – Kosten von bis zu 3 Mill € (Frank Schütz, sportpolitischer Sprecher der CDU) in den kommenden Jahren würden die mühsam erarbeiteten Haushalte wieder platzen lassen, da... • Mindestens 1.000.000 € nicht gesichert sind – zwarsoll der Verkauf des Stadionsgeländes auch 1,5 Mill € für die Sanierung bringen, aber damit fehlt immer noch Geld • Eine Umlage der Sanierungskosten von 250.000 €/Platz auf die Vereine nicht vermittelbar ist – der bereits jetzt erhobene Kunstrasenzuschlag von 70.000 €/Jahr verschwindet z.Zt. im städtischen Etat • Freiwillige Sammlungen („Förderverein Kunstrasen“) bisher überhaupt nicht erfolgreich sind – 20.000 € (vgl. ST vom 22.06.2016) Warum wird mit den freiwerdenden Summen aus dem Stadionverkauf keine Rücklage gebildet um alle existierenden Kunstrasenplätze zu erhalten und die Sanierungskosten für die nächsten Jahre im Haushalt zu sichern – statt einen Ersatzplatz zu bauen, bei dem der Bedarf nicht sauber analysiert wurde bzw. wo Kapazitäten ggf. im Stadtgebiet verteilt werden könnten : Dieses Projekt wurde schon im Vorfeld sehr kontrovers diskutiert (z.B. Artikel in der RP vom 20.06.2015), was den Bedarf für einen weiteren Platz im Stadtgebiet angeht. Eine aktuelle Bedarfsanalyse gibt es offenbar nicht. Es gibt z.Zt. 13 Plätze : Bernd-Kurzrock-Sportanlage, Herbert-Schade Sportanlage Schaberg, Sportanlage Adolf-Clarenbach-Str., Sportanlage Baverter Str., Sportanlage Brabant, Sportanlage Flockertsholzer Weg, Sportanlage Nebenplatz Herman-Löns-Weg, Sportanlage Höher Heide, Sportanlage Neuenkamper Str., Sportanlage Ritterstr., Sportanlage Weyersberg )Plätze 1 und 2), Sportanlage Zietenstr. • Wird der Platz überhaupt benötigt ? (vgl. RP vom 20.06.2015 und 18.09.2015) • 12 Plätze, nach Wegfall des Nebenplatzes Herman-Löns-Weg, sind immer noch eine stolze Zahl, um die uns andere Städte und Gemeinden beneiden. • Platz in Aufderhöhe/Höher Heide wird sehr stark frequentiert während andere Plätze im Stadtgebiet nicht ausreichend genutzt werden – wozu brauchen wir „Puffer“ ? • Gleichmäßige Verteilung der Vereine und Jugendmannschaften auf das Stadtgebiet ? • Union Solingen steht wiederholt in Fusionsgesprächen mit VfB Solingen – sind dann nicht Kapazitäten in anderen Stadtteilen eher sinnvoll. Weitere Fusionen von Vereinen, getrieben durch die sinkenden Mitgliederzahlen, werden immer wieder diskutiert. • Als Argument wird auf oft die steigende Zahl von Anmeldungen in Aufderhöhe/Höher Heide angeführt - Viele Kinder kommen auch aus anderen Stadtteilen nach Aufderhöhe (weil die Jugendarbeit so gut ist ?) während andere Jugendabteilungen nicht so beliebt sind – Image einiger Vereine ? Das kann kein Argument für einen Neubau sein, wenn andere Plätze nicht ausreichend genutzt	2	32	29	3	26		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1306	Mehr Kontrollen der Hundebesitzer	In den letzten Jahren fällt auf, dass immer weniger Hunde eine Steuermarke tragen. Aus meiner Sicht scheint hier Handlungsbedarf zu bestehen. Ich plädiere dafür, auf starke frequentierten Ausführrouten (z.B. Köcherstraße und alle anderen Straßen mit sehr viel Grünanteil) Kontrollen durchzuführen.	0	39	33	6	27		
Vorschlag	Teilnehmer	1307	Freiwillige Beibehaltung des Zahlungszeitpunkts "Jahressonderzahlung Beamte"	Durch die aktuelle Dienstrechtsreform des Landes NRW wird die bisherige Jahressonderzahlung (im Volksmund auch Weihnachtsgeld) nicht mehr wie bisher Anfang Dezember ausgezahlt, sondern gleichmäßig auf die monatlichen Bezüge verteilt. Somit sind Teile der Summe nun teilweise bis zu 11 Monate früher als bisher zu zahlen. Da die Stadt Solingen über kein positives Kapital verfügt sind die Mittel am Kapitalmarkt zu einem mir unbekanntem Zins zu beziehen. Für die insgesamt ca. 650 Beamtenplanstellen ergibt sich überschlägig ein Finanzvolumen bei der Sonderzahlung von ca.700.000€. Ich möchte keine vollständige Zinseszinsrechnung aufmachen, aber nimmt man an, dass der Zinssatz bei ca.2% liegt beträgt der Zinsaufwand ca. 8.000€. Die Anzahl der Planstellen entstammt dem Haushaltsentwurf 2016 von der Internetseite <a href="http://www.stadtsolingen.de/haushalt-2016/">http://www.stadtsolingen.de/haushalt-2016/</a> Hinzu kämen evtl. noch die Versorgungsempfänger. Wo mir Zahlen gerade nicht vorliegen. Hier der Vorschlag: Da es sich um eine gesetzliche Vorgabe handelt, kann das Kapital der Stadt nur freiwillig zur Verfügung gestellt werden. Die Beamten bekommen die gesamte Summe wie bisher mit den Dezemberbezügen ausgezahlt. Die Zinseinsparung kommt ausschließlich dem städt. Haushalt zu Gute. Ich sehe darin zwei Vorteile: a) die Zinseinsparung und b) die Beamten haben keine Nachteile und "müssen" sich ihr Weihnachtsgeld nicht "selbst zusammensparen". Finanzielle Einbußen für die Beamten entstehen im Vergleich zur bisherigen Praxis nicht. Möchte schon erwähnen, dass ich selbst städt. Beamter bin und die Dienstrechtsreform in diesem Punkt unsinnig finde.	3	23	17	6	11		
Vorschlag	Teilnehmer	1308	Stadtwissen nutzen	Ich erinnere mich an große Gutachten zum Zustand und Optimierungspotenzial unserer Stadt, die sehr teuer waren und, aus meiner Sicht, nichts hervorgebracht haben, was einem nicht fast jeder Solinger so bei einem Bier erzählt hätte. Ich habe das Gefühl, dass sich Entscheider gerne hinter Gutachten verstecken. Ich plädiere dafür, wo immer möglich auf externe Gutachter zu verzichten und z.B. Arbeitsgruppen innerhalb der Stadt zu bilden oder Fachleute aus der Stadt zu engagieren. Auch bei Projekten wie dem Stadtmarketing oder einem Tourismuskonzept bin ich dafür, lokale Agenturen und Kreative zu beschäftigen, die wissen, wie Solingen tickt und ehrliche Konzepte entwickeln. (Falls sowas ausschreibungspflichtig ist: Ausschreibungen kann man so formulieren, dass nur bestimmte Anbieter zum Zuge kommen können)	2	24	23	1	22		
Vorschlag	Teilnehmer	1309	Hallenbad Vogelsang	Der Standort Vogelsang ist die beste Lösung, wenn daneben ein neues Bad gebaut werden könnte. Eine ungünstigere Alternative wäre das Grundstück hinter dem Busbahnhof. Ein Anbau am Klingenbad ist keine Lösung. Durch den Wegfall der Fußballfläche wird die Jugendarbeit kaputt gemacht. Außerdem fallen zuviele Parkplätze weg.	1	31	26	5	21		
Vorschlag	Teilnehmer	1312	Hallenbad Vogelsang	Das Standort Vogelsang soll erhalten bleiben! Die Verkehrsanbindung ist sehr gut, auch optimal für kleinere Solinger, die dann auch mal alleine mit dem Bus anreisen können und nicht weite Fußwege haben.	1	23	22	1	21		
Vorschlag	Teilnehmer	1313	Senkung und Vermeidung von schulden	Investitionen nur dann wenn sie ohne Kredite mit Eigenmitteln finanziert werden.	0	18	12	6	6		
Vorschlag	Teilnehmer	1314	Hallenbad Vogelsang	Der jetzige Standort des Hallenbades soll bleiben. Die Verkehrsanbindung für Jung und Alt stimmt, Parkplätze sind auch da. Also warum umziehen in Gegenden die für kleine und betagte Solinger nicht ohne weiteres erreichbar wären.	1	21	19	2	17		
Vorschlag	Teilnehmer	1315	Hallenbad Vogelsang	Der Standort des Hallenbades soll auch für den Neubau bleiben. Die Anbindung ist sehr gut und ausreichend Platz steht zur Verfügung.	2	25	23	2	21		
Vorschlag	Teilnehmer	1316	Mehr Kreisverkehre statt Ampeln	lasst den Verkehr fließen und sich selbst regeln. Echte verkehrsbeeinflusste Ampelanlagen mit dem gleichen Effekt sind teuer nicht nur in der Anschaffung sondern im auch im Unterhalt. Kreisverkehre gibt es nicht zum Nulltarif (und es geht auch nicht überall), aber wahrscheinlich sind das Investitionen, die sich über die Zeit rechnen. Und für autonom fahrende Elektro-Fahrzeuge wird es auch einfacher ...	1	34	33	1	32		
Vorschlag	Teilnehmer	1317	Projekt-Budgets in der Verwaltung u.ä. aufheben	Vermutlich gibt es noch die Unsitte, einmal genehmigte Gelder auch ausgeben zu müssen, sonst gibt es im Folgejahr weniger Budget. Lasst den Abteilungsleiter etc. mehr freie Hand, sinnvoll zu wirtschaften.	2	26	24	2	22		
Vorschlag	Teilnehmer	1318	Neu denken im ÖPNV	Warum immer an alten Zöpfen hängen, wenn sich um einen herum die Welt ändert? Ich rege an, bei ÖPNV eine Flatrate für Solinger einzuführen: Jeder Bürger (Baby bis Greis) zahlt jeden Monat 10 Euro und darf jederzeit in den Bus steigen und fahren soviel wie er will. Das wäre so etwas wie die GEZ-Gebühr für Radio/TV nur für den ÖPNV. Und es entspricht den Bezahlmotellen von Telefon, Versicherung, Privat-TV, etc. Für mich wäre es ein Traum und würde die Stadt zu einer tatsächlichen Großstadt machen. Nicht zu überlegen, wo man parken kann und wie man Wege optimiert, sondern einfach in den Bus einsteigen und mitfahren. in der Stadt nicht überlegen zu müssen, ob man eine Station geht oder ein Kurzstreckenticket kauft, sondern einfach mitfahren. Und wer nicht Bus fahren möchte, zahlt trotzdem, hat aber mehr Platz auf der Straße, weil weniger Autos umherfahren. Ich habe es nicht durchgerechnet, kenne auch die Kosten des ÖPNV nicht, weiß auch, dass wir im VRR sind und dass es für alles und jeden Bedenkenträger gibt. Ich würde mir nur wünschen, dass man das Modell nicht gleich in eine Ecke stellt sondern ernsthaft darüber nachdenkt. Denkbar ist, dass sich so der ÖPNV selber trägt, also der Zuschuß eingespart werden könnte. Vielleicht passt es in die aufkommende e-Mobilitätsstadt (die wir schon seit ewigen Zeiten mit den O-Bussen sind, aber aus der wir nichts machen).	5	36	28	8	20		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro J. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1319	Sperrmüllabfuhr	Eine Sperrmüllabfuhr sollte auch beim ersten mal im Jahr nicht kostenfrei sein. Da immer Sperrgut aus der Nachbarschaft dazu kommt, weil diese vielleicht sonst eine 2. Abfuhr bezahlen müssten und das Volumen der Abfuhr somit unberechtigt steigt, sollten diese Kosten besser auf alle verteilt werden. 10 Euro für die 1. und 20 Euro für jede weitere Abfuhr von Sperrmüll sind da sicher nicht überhöht !	2	22	13	9	4		
Vorschlag	Teilnehmer	1320	Hundekotsünder konsequenter Bestrafen !	Überall lassen Hundebesitzer ihre Lieblinge ihre Hinterlassenschaften ablegen ! Leider hat man als Passant kaum eine Handhabe dagegen. Also sollte das Ordnungsamt mehr Kontrolle laufen und auch eine " Notfallnummer" erhalten, damit Ordnungswidrigkeiten schneller melden kann. Besonders verschiedene Verstöße auf Spielplätzen ( Rauchen, Saufen, Kiffen ect. ) können im Moment nicht geahndet werden.	4	30	27	3	24		
Vorschlag	Teilnehmer	1321	Nachhaltigkeit nicht nur reden, sondern auch so handeln	Bitte bei allen Entscheidungen nicht nur die Kurzfristeffekte sehen, sondern auch mal ein paar Jahre weiter denken und die Auswirkungen in verschiedene Richtungen abwägen. Lieber mal auf einen (externen) Investor, der nur sein eigenes Wohl im Auge hat, verzichten und die Stadt sich eher organisch aus sich heraus entwickeln lassen. - Für die Unterstützung von Aufforstungsprogramme in unseren Partnerstädten in Afrika bekommt die Stadt Lob (zu Recht). Auf dem eigenen Stadtgebiet aber werden Grünflächen zu Gewerbegebieten gemacht, als ob wir noch am Anfang der Industrialisierung stehen (und die letzten Jahrzehnte nichts gelernt haben). - Wer entscheidet, dass Einkaufszentren in bestehende Strukturen hineingebaut werden dürfen (OLBO) und/oder durch das Einkaufszentrum die Verkaufsfläche signifikant erhöht wird (Hofgarten), darf sich nicht wundern, wenn die vorhandenen Flächen leiden, d.h. leerstehen. Wenn man nur 1+1 zusammengezählt hätte und sich über Auswirkungen Gedanken gemacht hätte, hätte man vielleicht einen Investor verprellt, aber Bürger glücklicher gemacht. - Man läßt sich als Stadt vielleicht einmal oder auch zweimal eine Gewerbe-/Brachfläche von einem Discounter wegschnappen, aber nicht ständig, wenn man angeblich zu wenig Gewerbefläche in der Stadt hat (kürzlich ehemaliges Autohaus in Höhscheid, ESAB, Credo, vor längerem Sozialamt am Central, Kampschule, Krups, etc). Eine nachhaltige Stadtentwicklung sieht anders aus. - Mit teuren Geldern und Zuschüssen müssen Gewässer (Eschbach in Burg) für Starkregen fit gemacht werden, für Naturschutzmassnahmen werden Gelder ausgegeben. Beides wäre nicht notwendig, wenn man die Ursache für solche Ausgleichsmassnahmen gar nicht erst durch zu kurz gedachte Entscheidungen hervorrufen würde. Zu solchen Entscheidungen gehören Bodenversiegelungen durch neue Gewerbegebiete auf Grünflächen. Wenn z.B. das Ittertal mit weiteren Gewerbeflächen zugebaut wird, freut sich demnächst Hilden über Hochwasser in der Itter wie Burg über zuviel Wasser im Eschbach. Ach ja, die Kosten hätte dann ja Hilden ... anderer Haushalt Letztendlich zahlt sich Nachhaltigkeit aus, das liegt in der Natur der Sache. Im letzten Beispiel sind schon ein paar 100T € drin.	3	24	24	0	24		
Vorschlag	Teilnehmer	1322	Videoüberwachte Verkehrskontrolle Mummstraße Richtung Schlagbaum	Es fahren sehr viele Fahrzeuge verkehrswidrig über die Mummstraße Richtung Schlagbaum, die die Polizei bei ihren sporadischen Kontrollen garnicht alle erfassen kann. Eine videoübewachte Kontrolle könnte Abhilfe schaffen und auch dem abendlichen zur Showstellen von PS-prozenden Fahrzeug Einhalt gebieten.	6	21	13	8	5		
Vorschlag	Teilnehmer	1323	Konsequente Kontrollen vor Schulen und Kindergärten	Wie der Titel schon sagt: Würde das Ordnungsamt/die Polizei konsequent vor Schulen und KiTas gegen "kurzparkende" und "mal-eben-wendende" Eltern vorgehen, kämen (zumindest innerhalb der ersten Wochen) pro Schule/KiTa täglich mindestens 5-10 Knöllchen zusammen. Bei geschätzten 40 Schulen und 80 KiTas sowie einem niedrig angesetzten Mittelwert von 7 Knöllchen á 10 Euro ergibt das tägliche Mehreinnahmen in Höhe von 8.400 Euro. Auf die Woche hochgerechnet sind das demnach 42.000 Euro (natürlich abzüglich der Personalkosten). Bis der Lerneffekt bei den Verkehrsteilnehmern eingesetzt hat, vergehen sicherlich ein paar fette Wochen. Letztendlich geht es mir aber auch weniger um die Mehreinnahmen als um die Rücksichtslosigkeit vieler Eltern den anderen und ihren eigenen Kindern gegenüber!	0	27	21	6	15		
Vorschlag	Teilnehmer	1324	Förderung des Freifunks (WLAN) in Solingen mit 2000,- €	Wuppertal hat es getan! (gesamt 7.000 Euro Fördergelder für Freifunk) Das Land NRW tut es! (10.000 Euro für das Solinger Finanzamt - Freifunk) Warum nicht auch die Solingen Stadt? Als Marketing, als Daseinsvorsorge und zur Anbindung der Fußgängerzonen? Mit 2000 Euro können 100 Freifunkrouter durch die Stadt finanziert werden. (z.B. mit 50 x TP-Link TL-WR841N und 50 x TP-Link TL-WR940N) zur Ausstellung bei Bürgern. Solinger Bürger haben bereits mit Hilfe des gemeinnützigen Verbunds freier Netzwerke Nordrhein-Westfalen e. V. damit begonnen, ihren Internetanschluss über Freifunk mit der Öffentlichkeit frei zu teilen oder die Funkreichweite zu erhöhen, damit ein Bürgernetzwerk entsteht. Der Verbund freier Netzwerke Nordrhein-Westfalen e. V. übernimmt ehrenamtlich die Einrichtung, den Datenverkehr und organisiert einen Freifunk-Stammtisch zur Information in Solingen.	2	23	15	8	7		
Vorschlag	Teilnehmer	1325	Mehr P+R Plätze zur Stärkung der Attraktivität von Solingen / ÖPNV	In Solingen gibt es kaum P+R Plätze zum Parken für Fahrzeuge. In den Nachbarstädten gibt es ein Vielfaches an P+R Parkplatzflächen (z.B. in Haan Gruiten am Bahnhof im Vergleich zum Vogelpark/HBf in Solingen). Wer Solingen für Familien von außerhalb zur attraktiven Wohnstadt machen will und die Ausfallstraßen / Umwelt entlasten will, der muss mehr Parkplätze mit Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr schaffen - sogenannte P+R Plätze (als Teil einer Strategie zur Stärkung des ÖPNV).	3	27	24	3	21		
Vorschlag	Teilnehmer	1326	Generelles Hundeverbot für Spielplätze	Sehr oft ist zu beobachten, dass Hundehalter mit ihren Vierbeinern Spielplätze aufsuchen, und Hunde finden das "große Hundeklo Sandkasten" toll. Die Häufchen im Sand sind einfach nur ekelig. Auch auf Spielwiesen und den Wegen findet man Hundekot. Ruft man bei der Stadt an wird der Sand ausgetauscht. Das kostet auch wieder Geld - und ein paar Tage später waren die Hunde wieder da. Durch Kontrollen (evtl. der Spielplatzkontrolleure oder das Ordnungsamt) könnte bei Nichtbeachtung ein Bußgeld oder Verwarngeld verhängt werden.	5	28	24	4	20		
Vorschlag	Teilnehmer	1327	An Folgekosten denken und dadurch sparen	Bei jeder Anschaffung, Baumaßnahme usw. stets an die Folgekosten denken. Beispiel: lange Bank in Ohligs, Glasplatte beim Denkmal auf dem Alter Markt. Sind folgekostgennicht kalkulierbar, besser auf die Anschaffung oder Maßnahme verzichten.	2	28	28	0	28		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro ./. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1328	Rettet das Vogelsanger Schwimmbad	Es liegt vielen Menschen am Herzen, und es lohnt sich dafür zu kämpfen.	2	17	15	2	13		
Vorschlag	Teilnehmer	1329	Preiserhöhung für die Behinderten	Haben es die behinderten Menschen nicht schon schwer genug im Leben!!!	0	7	1	6	-5		
Vorschlag	Teilnehmer	1330	Bürgerbeitrag und ein Dankeschön dafür	Es wäre super, wenn wir Bürger uns konkret an der finanziellen Sanierung beteiligen könnten. Ein Dankeschön von der Stadt dafür wäre super: z.B. eine Bürgerkarte mit einigen Gutscheinen fürs Schwimmbad, Parken, Busbenutzung...oder eine Ermäßigung für Monatskarten oder Jahreskarten für die Busse.	0	7	2	5	-3		
Vorschlag	Teilnehmer	1331	Mehr Sozialarbeiter und Schulsozialarbeiter	Wer heute investiert in Bildung und Betreuung, spart später viel Geld. Jetzt ist noch Luft nach oben drin, z.B. auch für die intensivere Betreuung von Flüchtlingen. Auch die Beratung bei Anträgen braucht oft Unterstützung durch Fachkräfte. Die intensive Betreuung von Familien spart Kosten für die Heimunterbringung entsprechender Problemkinder.	0	11	8	3	5		
Vorschlag	Teilnehmer	1332	Kein Walter-Scheel-Platz	Der große Sohn der Stadt sollte nicht mit Füßen getreten werden. Angesichts seines Lebenswerkes sollten Rat/Verwaltung sich für eine Bürgerstiftung "Brücken bauen – Solingen In Memoriam Walter Scheel" einsetzen. Spendet das ST die Website(mehrsprachig)? Schwerpunkt der Stiftung sollte die Organisation von Austausch, Diskussionen u.ä. sein. Im Herbst 2017 könnte z.B. eine erste Veranstaltung im Haus Müngsten(Brücke!) sein zum Thema "Jugend berät EU". Die Parteien im Rat motivieren eine/einen ihrer jeweiligen EU-Abgeordneten zu kommen und eine/einen Abgeordnete/n ihrer EU-Fraktion aus einem anderen EU-Staat mitzubringen. Reisekosten trägt EU-Parlament. Solinger Oberstufenschüler bereiten Vorschläge vor, was die EU anstatt der Verlosung von Interrail-Tickets machen kann, um die Jugend für die EU zu begeistern. Die Diskussion zwischen den Abgeordneten und den Schülern wäre in Englisch. Vor Ort könnten die deutschen MdEP ihren Kollegen erläutern, was "über die Wupper gehen" bedeutet. Mit der Schwebefähre kann man allerdings sicher über die Wupper, wenn man zusammenarbeitet. Da deutsche Gründlichkeit verhindern wird, dass die Stiftung schon 2017 arbeiten kann, wäre die erste Veranstaltung (Miete/Equipment/Catering) über Sponsoring/Crowdfunding zu finanzieren. Die Stiftung sollte ihre Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Stiftungen u.ä. finanzieren/organisieren. Um z.B. Jugendliche aus Pariser Banlieues in Solingen mit Landjugend aus Ostpolen zusammenzubringen, könnten dt.-fr. Jugendwerk bzw. dt.-pl. Jugendwerk unterstützen. Das wäre andauernde Gedenkarbeit im Sinne Walter Scheels! Er war auch der erste Entwicklungsminister der BRD. Außerdem wäre bzgl. Stadtmarketing die Stiftungsarbeit effektiver als ein schnöder Platz.	0	1	1	0	1		
Vorschlag	Teilnehmer	1333	Verkehrskontrollen vor 6Uhr	Es ist doch erstaunlich wieviele Menschen zwischen fünf und sechs Uhr, einen rechtsfreien Raum auf unseren Straßen sehen. Die Anhaltepflicht an grünen Pfeile, sowie die Tempobegrenzungen scheinen komplett aufgehoben zu sein. Führt man die Verkehrskontrollen schon ab fünf Uhr durch, würde die Stadt mit den eingenommenen Bußgeldern viel dazu verdienen und die Straßen sicherer machen.	1	13	9	4	5		
Vorschlag	Teilnehmer	1334	Umgestaltung Eisenstrasse	Meiner Meinung nach wäre der Umbau des kleinen Parkplatzbereichs mit Sitzmöglichkeiten etc. reine Geldverschwendung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich dort Leute hinsetzen würden. Man sieht doch, dass selbst beim Umbau des Entenpfuhls kaum Menschen sich dort aufhalten. Die Sitzmöglichkeiten werden wenig genutzt und wenn, dann meistens nur, um auf den Bus zu warten. Dort wurde auch sehr viel Geld verschwendet, dass woanders dringender benötigt wurde und sinnvoller hätte ausgegeben werden können.	2	16	14	2	12		
Vorschlag	Teilnehmer	1335	Abfallbeseitigung / Straßenreinigung	Ich hab als ehemaliger Langenfelder mit meinem Umzug nach Solingen damit gerechnet, dass aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Solingen diverse städtische Dienstleistungen im Vergleich zu Langenfeld nur eingeschränkt angeboten werden. Überraschenderweise ist das Gegenteil der Fall. Solingen sollte sich im Bereich Abfallbeseitigung / Straßenreinigung ein Beispiel an Langenfeld nehmen. Im Einzelnen: Übertragen der Straßenreinigung auf die Bürger bei gleichzeitigem Wegfall der Straßenreinigungsgebühr. Selbst wenn die Stadt mit der Straßenreinigungsgebühr kostendeckend arbeitet, würde ein Wegfall der Gebühren die Bürger entlasten (erst Recht im Gegensatz zu der angekündigten Grundsteuererhöhung). Restmülltonnen nicht mehr vom Standplatz der Häuser holen. Ich habe als Neu-Solinger nicht schlecht gestaunt, als mich vor der ersten Restmüllabholung meine neuen Nachbarn darauf hingewiesen haben, dass hier die Tonnen bis zu 10m von den jeweiligen Standplätzen geholt und zurück gestellt werden. Die Abfuhr war dann ein Highlight, da ich noch nie ein Müllauto gesehen habe, was mit 4 - 6 Personen besetzt ist. In Langenfeld sind 3 Personen schon etwas besonderes. Feste Annahmestellen statt Grünschnittcontainer. Es wäre zu prüfen, ob nicht 4 - 5 über das gesamte Stadtgebiet verteilte Annahmestellen für Grünschnitt günstiger sind, als die Sammlung per Container in den Stadtteilen. Eine Fahrt von max. 10 Minuten für jeden Bürger zur nächsten Annahmestelle sollte zumutbar sein. Kostenpflichtige Sperrmüllabholung. Bereits in einem anderen Vorschlag erwähnt. In Langenfeld kostet jede Abholung 20 Euro. Auch das ist zumutbar.	0	15	11	4	7		
Vorschlag	Teilnehmer	1336	Einfach mal die Bürger vorher fragen !!!!	Viele Unternehmungen und Investitionen der Stadt werden einfach über den Köpfen der Bürger hinweg entschieden, obwohl sie von größerer Tragweite sind. Unsere " Volksvertreter " sollten sich mehr an Ihren Auftrag erinnern, nämlich uns zu vertreten ! Es fehlt einfach die Kommunikation zwischen Bürger und Stadt ! Vorher gefragt, gäbe es sicher keine endlos überteuerte Sitzbank am Ohligser Bahnhof. Kommt einfach mal von Eurem erhobenen Sockel runter und erfüllt Euren Job ! Das heist Ihr schlägt vor, und der Bürger entscheidet !!!! In der heutigen Internet Zeit kein großer Auftrag ! Warum zum Beispiel endet diese Bürgerbefragung einfach am Freitag ? Furcht vor Machtverlust ? Diese Befragung sollte als Mindestmaß Standart sein !!!!	1	11	10	1	9		
Vorschlag	Teilnehmer	1337	betriebliches Vorschlagswesen stärken	Der Schatz im Unternehmen Die eigenen Mitarbeiter (der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe) wissen oft am besten, wie sich die Arbeit besser und günstiger gestalten lässt. Man muss nur sie nur richtig danach fragen und Ideen aufnehmen und umsetzen.	0	10	10	0	10		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1338	E-City SOLINGEN	Ich frage mich schon seit einiger Zeit, warum es wieder Städten wie Düsseldorf und Aachen vorbehalten sein muss die Elektromobilität als "Zugpferd" und Innovation für sich zu nutzen und damit Vorreiter zu sein auf dem Weg in die Zukunft. Das Bergische Land und seine Menschen sind nahezu prädestiniert dafür mit Ebikes, Seilbahnen und natürlich dem Obus mobil zu sein. Hier sind bei nahezu jeder Fahrt einige Höhenmeter zu bewerkstelligen. Ich selber fahre von Ohligs bis Mitte mit einem solchen Ebike, will nicht geschwitzt auf der Arbeit ankommen. Warum baut man nicht ein durchdachtes Fahrradnetz mit Wegeleitsystem, Servicestationen, gesicherten Parkgaragen und eigenen Schnellspuren für Ebikes und pedelecs? Genau das müsste mit Wuppertal und Remscheid zu einer eRegion Bergisches Land wachsen und so beworben werden. Das bergische Land braucht Innovationen, warum nicht mal in Sachen Infrastruktur andere Wege gehen so wie Wuppertal vor einigen Jahren mit der Schwebebahn. In der Rangliste der fahreadfreundlichsten Städte landen Solingen, Wuppertal und Remscheid traditionell immer auf den letzten drei Plätzen - bundesweit.	1	8	7	1	6		
Vorschlag	Teilnehmer	1339	Jetzt mal Tacheles!	Auf konkrete Fragen, in diesem Bürgerbefragungsportal, zu den exakten Schwimmbadkosten an den einzelnen Standorten nennt die Verwaltung und Politik immer nur lapidar „es sind 9 Millionen Euro veranschlagt“. Mit solchen „wischis waschi-Angaben“ will man dem Bürger einen Sparwillen suggerieren! Warum nur werden hier nicht wirklich alle Zahlen transparent gemacht? Dies mache ich jetzt, damit endlich Transparenz hineinkommt! Die Badkosten am MHKW setzen sich wie folgt zusammen: Straßenneubau von der „Vieh“ – Neubau einer Kreuzung mit Ampelanlage, denn von hier müssen die Autofahrer ja links hoch zum neuen Standort. Kanal für die Straßenabwässerung und Beleuchtung der Straße. Behindertengerechter Gehweg inklusive Radfahrweg. Bepflanzung der Straße. Folgekosten für die Straßenreinigung und Instandhaltung dieser neuen Straße sowie auch der Ampelschaltung! Bau der Parkplätze für die Autofahrer mit behindertengerechten Parkmöglichkeiten und der entsprechenden Zuwegung. Beleuchtung und Bepflanzung des neuen Parkplatzes. Neubau des Kanals, der Leitung für Fernwärme der der Stromversorgung. Abriss des Vogelsang-Bades und Rückbau des kompletten Grundstückes für einen eventuellen Käufer. Schaffung neuer Buss-Anbindung mit behindertengerechter Haltestelle. Erhöhung der Frequentierung der Busse und einiges mehr. Diese Kosten verschlingen locker ca. 6 Millionen Euro! Von den 9 Millionen verbleiben an diesem Standort für ein Neubau nur 3 Millionen! Die Badkosten am Weyersberg setzen sich wie folgt zusammen: Abriss des Stadions und Neubau an einem anderen Standort. Auch hier müssen neue Anschlüsse für Strom-, Fernwärmenetz und Kanal neu geschaffen werden. Neubau der Zufahrt und der Parkplätze mit behindertengerechter Zuwegung. Beleuchtung und Bepflanzung der Parkplätze mit Folgekosten für Instandhaltung usw. Abriss des Vogelsang-Bades und Rückbau des kompletten Grundstückes für einen eventuellen Käufer. Ein Neubau auf dem Felsen-Untergrund? Diese Kosten kann ich nicht beziffern! Schaffung neuer Busanbindung mit behindertengerechter Haltestelle. Erhöhung der Frequentierung der Busse und einiges mehr. Diese Kosten verschlingen locker ca. 5 Millionen Euro! Von den 9 Millionen verbleiben an diesem Standort für ein Neubau nur 4 Millionen! Die Badkosten an der Focher setzen sich wie folgt zusammen: Abriss des Altbaus mit Entsorgungskosten und ein Neubau des exakt gleichen Baukörpers verschlingen hier locker 4 Millionen. Von den 9 Millionen verbleiben an diesem Standort für ein Neubau nur 5 Millionen! Mein Sparvorschlag zum attraktiven Schwimmbad am gleichen Standort ist ganz einfach: Baukörper nicht abreißen sondern kernsanieren mit Erhaltung aller intakten Einrichtungen wie: Nichtschwimmerbecken, Umkleiden, Restaurant, Duschplätzen mit den behindertengerechten Ausstattungen. Am vorhandenen Baukörper einen Anbau mit 50 Meter langen Bahnen errichten und das komplette Bad attraktiv ausgestatten. Hierfür stehen nach meiner einfachen Kalkulation mindestens 8 Millionen Euro zur Verfügung. Erst jetzt kann jeder Bürger/in völlig emotionslos und rein sachlich das kostengünstigste und optimale Bad auswählen. Dr. Klara Clemens	13	22	22	0	22		
Vorschlag	Teilnehmer	1340	Bürgerbeteiligungsportal besser vorbereiten	Falls es einen nächsten Bürgerhaushalt gibt, sollte das gesamte Vorgehen besser abgestimmt, geprüft und aufbereitet sein. Und früher starten. Das jetzige System ist unübersichtlich, nicht hinreichend moderiert und der Zugang zu Hintergrundinformationen unnötig schwer, obwohl sie eigentlich bereit stehen. Warum musste die Plattform jetzt unter solingen-redet-mit.de laufen ? 2010 und 2012 war es solingen-spart.de. Sparen ist etwas aktives, Reden würde ich eher passiv verorten. Was die Moderation angeht, warum wird nicht eingegriffen, wenn 10 mal der gleiche Sachverhalt aufgegriffen wird? Es wäre vielleicht sinnvoll Oberbegriffe zu schaffen, wenn mindestens 2 Vorschläge zu einem Thema kommen. Ich sage nur Schwimmbad, Eisenplatz, kommunaler Ordnungsdienst. Warum sind Antworten auf Kommentare im Normalfall ausgeblendet? Der Haushaltsentwurf liegt frei zugänglich auf der Seite der Stadt Solingen, warum wird nicht deutlich darauf hingewiesen? Warum sind die Kerninformationen nicht direkt auf dieser Plattform hinterlegt? Hinter jedem der Vorschläge stehen klar definierte Posten im Haushalt, Warum liegen diese Posten nicht in einer verschlagworteten Datenbank? Jemand schreibt etwas über den kommunalen Ordnungsdienst, warum werden dann nicht sofort die relevanten Haushaltspositionen eingeblendet? Das ist kein Hexenwerk. Auf meine Frage nach einem zusammengefassten Haushalt wurde mir unter "Lob&Kritik" geantwortet: "In der Kürze der Zeit ist es leider nicht möglich, eine Zusammenfassung des Haushalts zu schreiben." In der Kürze der Zeit... dies zeigt wie wenig überlegt diese Plattform ist. Da ist mit heißer Nadel etwas gestrickt worden um Aktionismus zu zeigen. Erreicht wurden vielleicht 0,5% der Bürger die sich mehr oder minder einbringen. Die Frage wäre natürlich auch was diese Plattform gekostet hat. Das Gutachten das zu Grunde liegt hat ja weit über 100.000 € gekostet. Man liest ja nun zu Genüge, dass die Politik mit dem Gutachten nicht zufrieden. Nun, ich als Bürger bin auch mit den Politikern unzufrieden, da Sie diese Plattform leiblos haben umsetzen lassen. Das nächste mal die Sache mit mehr Ernst angehen oder es sein lassen.	2	13	13	0	13		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro /. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1341	nächtliches Ausschalten von Straßenbeleuchtung	Wie in vielen (Ost-)deutschen Städten und Großstädten wäre auch hier die Überlegung sinnvoll nachts die Straßenbeleuchtung ausgewählter Straßen abzuschalten. Viele Beispiele anderer Städte zeigen, dass, besonders in Verbindung mit abgeschalteten Ampeln, ein deutliches Einsparpotential besteht. Auffällig ist dabei, dass weder Kriminalitätsraten noch Unfallraten einen nennenswerten Anstieg verzeichneten. Speziell bei Autofahrern wird die Aufmerksamkeit geschärft und befahrene Hauptstraßen sind in dem Falle auch für Fußgänger sicher. Alternativ bleibt nur jeder 3. oder 4. Straßenlaterne in Betrieb. Daher finde ich die Überlegung äußerst sinnvoll, denn warum sind die ganze Nacht alle Straßen hell erleuchtet, stellenweise mit gigantischen Flutlichtanlagen, wenn sowieso keiner unterwegs ist.	4	11	8	3	5		
Vorschlag	Teilnehmer	1342	ERhöhung der Grundsteuer B	Die Grundsteuer B darf nicht erhöht werden Einsparmöglichkeiten bei den Bergischen Sinfonikern. Die müssen aufgelöst werden. Konzerte können eingekauft werden. Eine Zusammenlegung mit Wuppertal sollte nicht in Erwägung gezogen werden. Es kann nicht sein das der Sozial Schwache und der Mittelstand diesen Bereich Fördert. Bezahlen komplett sollen die die dieses buchen und besuchen. Mindes Einsparung pro Jahr 1,8 Mill	3	11	6	5	1		
Vorschlag	Teilnehmer	1343	Hallenbad	Der Standort für das Bürgerbad soll Vogelsang bleiben.	2	14	13	1	12		
Vorschlag	Teilnehmer	1344	ÖPNV	Die Siedlungsbereiche die im Außenbereich liegen sollen vom ÖPNV weniger angefahren werden. Die Hauptstrecken dürfen nicht weiter eingeschränkt werden.	3	14	3	11	-8		
Vorschlag	Teilnehmer	1345	Bezirksvertretungen	Die BV Gräfrath und Wald sollen zusammengelegt werden	2	9	9	0	9		
Vorschlag	Teilnehmer	1346	Gewerbegebiete	Gewerbegebiete sind aufzuschließen	0	9	3	6	-3		
Vorschlag	Teilnehmer	1347	Schallschutzmassnahmen an Bundesstrassen im Stadtgebiet	Viele Wohngebiete liegen an Bundesstr. und werden vom Lärm sehr in Mitleidenschaft gezogen. Z.B. Central /Wasserturm usw. Der Wohnwert an diesen Verkehrsachsen kann erheblich verbessert werden, wenn Tempo 30 Km oder /und Flüsterasphalt dort festgelegt oder eingebaut wird. Die Gelder dürfen nicht nur in die Innenstadt Solingen/ Ohligs Wald fliesen dort geht es um Geschäfte und Geldverdienen, an den Verkehrsachsen lebt ein grosser teil der Bürger. Es muss ein Masterplan mit Prioritäten Setzung aufgestellt finanziert und abgearbeitet werden.	0	12	3	9	-6		
Vorschlag	Teilnehmer	1348	Sinnvoll sparen und investieren	Zuerst einmal könnten die Bezirksvertretungen aufgelöst werden. Solingen ist zwar flächenmäßig groß, aber von der Einwohnerzahl doch so überschaubar, dass man eine entsprechende Beteiligung der Bürger an Entscheidungen auch über eine Plattform wie diese - jedoch bitte mit den nötigen Hintergrundinformationen direkt eingebettet - erreichen kann. Die Zahl der engagierten Bürger ist eh limitiert und man könnte sich auf wichtige projekte fokussieren. Zum Zweiten haben wir in den letzten Jahren zahlreiche Investitionen in Projekte gesehen, die angeblich zur Attraktivitätssteigerung der Stadt beitragen sollen. Hier wurde viel Geld in Bauprojekte investiert, ohne dass ein merklicher Erfolg zu sehen ist. Hier ist vielmehr auch der einzelne Bürger und die Gemeinschaft gefragt. Wenn jeder zum Einkaufen und zu Restaurantbesuchen nach Köln und Düsseldorf fährt, hilft keine bauliche Maßnahme. Attraktive Geschäfte, Restaurants, Spielplätze und vor allem eine Rückeroberung und soziale Kontrolle der städtischen Freiflächen durch die Bürgergemeinschaft sind hier wohl die einzige Lösung. Zuletzt noch ein mehr genereller Vorschlag, wie Attraktivität und Einnahmesituation verbessert werden könnten. Soweit dies rechtlich möglich ist, sollte der Flächenfraß durch die Ansiedlung von Discountern verhindert werden; diese Flächen bringen mehr Geld, wenn dort steuerpflichtiges Gewerbe angesiedelt oder besser noch Wohnungen gebaut werden (führt zu Lohn- und Einkommenssteuereinnahmen), was insbesondere für die verkehrsgünstigen Lagen gelten sollte	5	9	7	2	5		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro / Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1349	Wirtschaftsförderungs-GmbH abschaffen	Ich schlage vor, die als GmbH außerhalb der Kernverwaltung organisierte Wirtschaftsförderung abzuschaffen. Grundfrage: Warum muß in einer freien Marktwirtschaft Wirtschaft überhaupt und auf kommunaler Ebene dazu noch gesondert gefördert werden? - Die Solinger Wirtschaftsförderung kostet seit Jahren mehr als sie durch Flächenverkäufe erwirtschaftet. - Bei den sogenannten Neuansiedlungen handelt es sich zumeist um Solinger Betriebe, die wegen erhöhten Flächenbedarfs ihren alten Standort verlassen wollten. - Der damit einhergehende Flächenverbrauch ist immens, da in der Regel zu große Flächen bereit gestellt werden, um für mögliche spätere Erweiterungen gewappnet zu sein, die dann aber zumeist nicht eintreten. Er ist insofern nicht weiter zu rechtfertigen, zumal hier in aller Regel für die Stadt nachteilige Verträge abgeschlossen werden: in anderen Kommunen ist es durchaus üblich, die Ansiedlung durch Pachtverträge oder aber mit einem Rückkaufsrecht für die Kommune zu bewerkstelligen, sodaß bei einer möglichen Insolvenz oder aber einem Fortzug des Unternehmens (vgl. Flora Frey) das Mitspracherecht der Kommune bei einer neuen Nutzung gewahrt bleibt. - Weder in Solingen noch in irgendeiner anderen Kommune ist bisher der Beweis geführt worden, daß die massiven infrastrukturellen Vorleistungen und individuellen Vergünstigungen für das einzelne ansiedlungswillige Unternehmen tatsächlich die immer wieder behaupteten Ergebnisse zeitigen, nämlich erhöhtes Gewerbesteueraufkommen, Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze und einen steigenden Anteil an der Einkommensteuer. Es liegt auch bundesweit keine wissenschaftliche Studie vor, die diesen Zusammenhang belegen würde. - In Zeiten, da Unternehmen nicht mehr auf natürliche Standortbedingungen oder aber Infrastrukturfaktoren wie z.B. Bahnanschlüsse angewiesen sind, weil alle Erzeugnisse und Waren per LKW von A nach B transportiert werden können, sind nahezu alle Kommunen in einem gnadenlosen Konkurrenzkampf untereinander eingetreten, in dem sie mit ihren wie auch immer organisierten Wirtschaftsförderungseinheiten in den Bereichen Flächenausweisung, Verkehrsanschließung, Ver- und Entsorgung gewaltige infrastrukturelle Vorleistungen erbringen. Aus diesem für Solingen nicht zu gewinnenden interkommunalen Gerangel sollte sich die Stadt verabschieden und stattdessen vielmehr in die sogenannten weichen Standortfaktoren investieren ( Grundfrage: Warum sollte ein Unternehmen sich vorrangig in Solingen ansiedeln wollen? Meine Antwort: mir fällt nichts dazu ein!) Auch die Gründung der privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungs-GmbH, die weder dem Kommunalrecht noch der Kontrolle durch den Stadtrat unterliegt und damit weitere Möglichkeiten für ein etwaiges Unternehmen bietet, außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung und mit Hilfe der GmbH gegen die "Verwaltung" ihre Eigeninteressen durchzusetzen, hat hieran nichts geändert. - Da sich die Arbeit der GmbH mithin überwiegend mit Fragen der Bestandspflege und der Anpreisung von Flächen auf Messen beschränkt, ist nicht einsichtig, warum diese Aufgaben nicht - wie früher von fachkundigen Abteilungen der Verwaltung versehen werden sollten.	4	18	17	1	16		
Vorschlag	Teilnehmer	1351	Öpvn		3	4	0	4	-4		
Vorschlag	Teilnehmer	1352	Öffentlicher Baumbestand	Möglichst erhalten	2	4	1	3	-2		
Vorschlag	Teilnehmer	1353	Bußgeld Verschmutzung Tierkot	Die derzeitigen Bußgelder Schrecken nicht genug ab und decken nicht die Kosten der Überwachung und Beseitigung. Deshalb schlage ich vor die Mindestsätze anzupassen und auch zwingend anzuwenden (Verwarnung bringt nichts) Verschmutzung mit Tierkot - auf Gehweg und Straße von 35 auf 50€ - in Anlagen von 35 auf 50€ - Spielplätzen und Sportplätzen von 50 auf 100 €	7	13	12	1	11		
Vorschlag	Teilnehmer	1354	hallenbad vogelsang	das Hallenbad Vogelsang sollte seinen Standort behalten.es ist ein guter Standort mit guter Verkehrsanbindung mit verschiedenen Buslinien in allen Richtungen. Auch sollte es keine Preiserhöhungen für MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN geben.	2	7	7		7		
Vorschlag	Teilnehmer	1355	Schwimmbad-Neubau am Standort Vogelsang!	In der Sportausschusssitzung vom 02.12.2015 wurde ein Neubau anstelle einer Sanierung des Schwimmbads am Standort Vogelsang beschlossen. Anfang September kam die dafür erhoffte und notwendige Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf zur Aufnahme eines Kredits in Höhe von € 9 Mio. Zusätzlich wurde die Maßnahme „Neubau des Hallenbades Vogelsang“ hier im Bürgerhaushalt „Solingen redet mit“ zur Abstimmung eingestellt – und natürlich bekommt dieser Vorschlag große Zustimmung. Doch zur Diskussion gestellt wurde überraschend auch der Standort für das neue Bad. So wird als erste Alternative ein Standort hinter dem Müllheizkraftwerk vorgeschlagen. Eine weitere Alternative soll ein Standort am Weyersberg neben dem Klingenbad sein. Vom Standort Vogelsang wird abgeraten, weil während der Bauzeit kein Schwimmbad zur Verfügung stehen würde. Bestand diese Erkenntnis denn vorher noch nicht? Auch wenn es etwas eng wird - es existieren bereits Planungen, wie man den Schwimmbetrieb in der Übergangszeit mit vorübergehenden Auslagerungen ins Klingenbad organisieren kann. Der Reha- und Behindertensport wurde dabei ausreichend berücksichtigt. Für den Standort MHKW soll die Nähe zum Fernwärmenetz sprechen – doch das Hallenbad Vogelsang ist bereits an das Fernwärmenetz des MHKWs angeschlossen. Wo liegt also der Vorteil? Am Weyersberg müsste ein Sportplatz für das Schwimmbad weichen. Zudem besteht der Baugrund aus Fels, was eine Bebauung schwierig und teuer macht. Für beide Standorte müsste erst die optimale Erreichbarkeit erschlossen werden. Das würde aber die Kosten für den Neubau in die Höhe treiben – für das Schwimmbad selbst würde dann weniger Geld zur Verfügung stehen. Die von der UN festgelegte behindertengerechte Ausstattung würde dadurch eingeschränkt, ebenso wie das gesamte Angebot. Die optimale Anbindung an den ÖPNV, wie sie am Vogelsang mit einer O-Buslinie und zwei Dieselbuslinien gegeben ist, wäre aber nie zu erreichen. Grüne und FDP haben mittlerweile ein klares Statement zum Standort Vogelsang abgegeben. Die BI „Solingen gehört uns!“ erwartet so viel Vernunft, dass sich auch alle anderen Entscheidungsträger wieder zu dieser Standort-Entscheidung positionieren werden.	2	10	9	1	8		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro J. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1356	Fallschutzelag an öffentlichen Spielplätzen/Gebäuden	Seit ein paar Jahren schreibt die Stadt Solingen als Fallschutzelag unter Spielgeräten zertifizierte rot gefärbte Hackschnitzel aus. Diese sind deutlich (ca1/3) teurer als ungefärbte zertifizierte Hackschnitzel. Bei der Funktionsfähigkeit des roten und des naturbelassenen Fallschutzelags besteht kein Unterschied. Der einzige Unterschied ist die Färbung und damit verbunden die erhöhten Kosten.	1	10	8	2	6		
Vorschlag	Teilnehmer	1357	Zukünftig lieber das Geld für Rödl & Partner und ähnliche Berater sparen!	Wenn Solingen sparen muss, dann bitte erst mal bei den sogenannten Beratern! Die Kommentare zeigen doch, dass sich viele BürgerInnen auch ihre Gedanken machen und deren Vorschläge sind kostenlos (na ja, bis auf die Kosten für dieses Portal natürlich).	0	18	17	1	16		
Vorschlag	Teilnehmer	1359	Sinnvolle Straßenreinigung	Beispiel: Donnerstags wird im Bereich Worringerstraße, Neustraße, Köcherstraße etc. die Straßenreinigung durchgeführt. In der Praxis sieht das so aus, dass dort viele Fahrzeuge parken und die Kehmaschine an vielen Stellen nicht an den Bordsteinrand kommt, also der Reinigungsvorgang nicht so gut verläuft wie es theoretisch machbar wäre. Viel Aufwand für ein schlechtes Arbeitsergebnis. Dies sieht in vielen anderen Bereichen der Klingensteinadt Solingen ähnlich aus. Vorschlag 1: Einführung von Halteverbotszonen für den Zeitraum der Reinigung (wechselweise rechte bzw. linke Straßenseite) und damit eine gute Straßenreinigung. Das funktioniert übrigens in vielen Städten und Gemeinden. Vorschlag 2: In den Bereichen der Klingensteinadt Solingen, in denen die Straßenreinigung nachweislich nicht effektiv ist, wird die Durchführung durch die Klingensteinadt Solingen abgeschafft. Die Anwohnern bzw. Eigentümer müssen jetzt die Straßenreinigung in Eigenverantwortung durchführen. Hier bleibt es jedem selbst überlassen ob er das in Eigenregie übernimmt oder als Auftrag an einen Unternehmer weiterleitet. Die Stadtverwaltung gestaltet die Vorgaben und überprüft deren Einhaltung durch das Ordnungsamt. Das funktioniert übrigens in vielen Gemeinden. Positiver Nebeneffekt ist neben der besseren Straßenreinigung auch die zu erwartende Auftragsvergabe an Kleinunternehmen durch die Eigentümer und die damit sicherlich auch neue Arbeitsplätze und steigende Steuereinnahmen	1	4	2	2	0		
Vorschlag	Teilnehmer	1360	EXPO-Real	Wie zu lesen war, war dieses Jahr der Stand auf der internationalen Immobilienmesse in München doppelt so groß wie in den Vorjahren. Ziel ist es, internationale Investoren in die Region zu locken. Und wie auch zu lesen war, ist eine hochrangige Delegation aus mehreren Stadtvertretern zusätzlich zum Standpersonal für ein Tag vor Ort gewesen, um sich dort mit einem NRW-Minister zu treffen. Auch wenn dieser Stand ein Gemeinschaftsstand der drei bergischen Städte ist und wahrscheinlich über die Bergische Gesellschaft GmbH abgerechnet wird, sind es Steuergelder, die letztendlich über Stadt fließen. Und sehr wahrscheinlich sind diese Kosten nicht unerheblich. Da ich selbst dort schon als Besucher bei einem ausstellenden Kunden war, kenne ich die Kosten und den Aufwand im Vorfeld, was letztendlich auch Arbeitszeit/Geld kostet. Und ich kenne kein nennenswertes Ergebnis aus den letzten 10 Jahren Messebeteiligung. Mein Vorschlag ist, diese Messe nicht mehr zu besuchen. Die bisher benötigten Messe-Ressourcen sollten auf eine echte Wirtschaftsförderung vor Ort und Direktansprache von regionalen Investoren angesetzt werden. Die fernen Investoren von OLBO und Clemens-Galerien machen es gerade vor, wie sich ein fehlender Lokalbezug auswirkt.	0	7	5	2	3		
Vorschlag	Teilnehmer	1361	Faire Besteuerung für alle Tiere	Hallo, mein Vorschlag ist alle Tiere zu besteuern über die Hunde hinaus. Warum soll nur für Hunde gezahlt werden wenn das Geld für alles mögliche verwendet wird. Katzen, Pferde usw. a 150€ Jahresbeitrag wäre eine hübsche Summe. Natürlich wäre es ebenfalls gerecht die Hundesteuer abzuschaffen, dies würde jedoch ein zusätzliches Loch in die Haushaltskasse schaffen. MFG Ein Hundebesitzer	4	6	2	4	-2		
Vorschlag	Teilnehmer	1362	frei	den alten Kader aus dem Rathaus (nicht nur den Bürgermeister) raus und neue Bürgerfreundliche Leute ersetzen	0	0			0		
Vorschlag	Teilnehmer	1363	Gewerbesteuer erhöhen auf 490 Hebesatzpunkte	Eine schrittweise Anhebung der Gewerbesteuer von 475 auf das Niveau unserer vergleichbaren Nachbarstädte Wuppertal und Remscheid mit 490 Hebesatzpunkten ist angemessen und möglich! Der trotz einer leichten Erhöhung des Hebesatzes im Jahr 2015 erfreulicherweise auf ca. 86 Millionen gestiegene Gewerbesteuerertrag im Jahr 2015 beweist entgegen allen Unkenrufen: die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes führt nicht automatisch zur Steuerflucht und Senkung der Einnahmen. Wenn naheliegende Städte im Umkreis ihre Gewerbesteuern aus Konkurrenzgründen senken, muss dies kritisch kommentiert werden - zugleich ist deren Finanzierung nicht mit kreisfreien Städten wie Solingen vergleichbar. Wir schlagen wir vor, den Hebesatz schrittweise zu erhöhen: Im Jahr 2017 auf 485 und 2018 auf 490 (die Einnahmepotentiale bei einer Anhebung um 25 Punkte auf 500 beziffert die Stadt auf 4,3 Mio. € pro Jahr, eine Erhöhung um nur 15 Punkte auf 490 brächte dann vielleicht 3 bis 3,5 Mio. mehr ein). Und warum sollen die Unternehmen nicht auch ihren Anteil an der Stabilisierung des Haushaltes leisten, statt alles nur auf den kleinen Mann abzuwälzen???? Kleine Gewerbebetriebe wie Einzelunternehmen und Personengesellschaften - zum Beispiel der Handwerksbäcker im eigenen Betrieb - sind davon nur wenig betroffen, da diese Steuer in der Regel zum größten Teil wieder auf die Einkommensteuer angerechnet wird. Kapitalgesellschaften, die durch die Gewerbesteuer belastet werden, wurden 2009 durch die Senkung der Körperschaftssteuer deutlich entlastet.	0	1	1		1		
Vorschlag	Teilnehmer	1364	Höherer Konsolidierungsbeitrag der Stadtsparkasse	Wie schon in den letzten Jahr beantragen wir grundsätzlich, dass ca. 50 Prozent der Erträge der Stadtsparkasse an die Stadt abgeführt werden. Die Sparkasse Solingen erwirtschaftet derzeit Erträge von gut 4 Mio. € jährlich. Daher beantragen wir eine Erhöhung auf 2.000.000 € pro Jahr für die Jahre 2017 folgende.	0	1	1		1		
Vorschlag	Teilnehmer	1365	Übernahme von 100 Prozent aller Ausgaben für Flüchtlinge durch Bund und Land	Ausgaben für Flüchtlinge für Aufnahme und Integration sind bundespolitische Aufgaben, keine kommunalen. Die Stadt hat zudem keinen Einfluss auf die Zahl der Zugewiesenen und der gesetzlich festgelegten Maßnahmen. Dadurch entstehen ihr anteilige Kosten von ca. 40 %.	0	1	1		1		

Typ	von	Dialog-ID	Betreff	Beitragstext	Anzahl Kommen- tare	Anzahl Bewer- tungen	Pro	Contra	Pro ./. Contra	Zustimmung Bürger- veranst.	Ablehnung Bürger- veranst.
Vorschlag	Teilnehmer	1366	Für einen radikalen kommunalen Schuldenschnitt auf Kosten von Banken und Sparkassen!	Bei Gesamtschulden von knapp 1 Mrd. € kann sich die Stadt Solingen niemals aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle befreien. Verstärkt noch ab dem Jahr 2020, wenn für das Land die Schuldenbremse greift - was auf die Kommunen abgewälzt werden wird. Nur ein Schuldenschnitt (z.B. auch durch einen von Kämmerer Weeke gefordertem "Altschuldenfond") kann der Stadt wieder Luft zum atmen geben - niemals aber ein noch so strammer "Sparhaushalt" auf Kosten der Bürger!	0	1	1		1		
Vorschlag	Teilnehmer	1367	Wiederherstellung der Parkanlage Dickenbusch		0	1	1		1		
Vorschlag	Teilnehmer	1368	Kooperationen mit Nachbarstädten	Durch den Ausbau der Kooperationen mit den Nachbarstädten sollten weitere Sparpotentiale ermittelt werden. Dabei sollte bedacht werden, dass Solingen eine eher kleine Großstadt ist und es auch ausreichen kann, wenn bestimmte, von den einzelnen Bürgern seltener genutzte Institutionen (z.B. im Kulturbereich, Theatervorführungen etc.) nur außerhalb vorhanden sind.	0	0			0		
Vorschlag	Teilnehmer	1369	Kooperationen mit Nachbarstädten	Durch den Ausbau der Kooperationen mit den Nachbarstädten sollten weitere Sparpotentiale ermittelt werden. Dabei sollte bedacht werden, dass Solingen eine eher kleine Großstadt ist und es auch ausreichen kann, wenn bestimmte, von den einzelnen Bürgern seltener genutzte Institutionen (z.B. im Kulturbereich, Theatervorführungen etc.) nur außerhalb vorhanden sind.	0	0			0		
Vorschlag	Teilnehmer	1370	Kooperationen mit Nachbarstädten	Durch den Ausbau der Kooperationen mit den Nachbarstädten sollten weitere Sparpotentiale ermittelt werden. Dabei sollte bedacht werden, dass Solingen eine eher kleine Großstadt ist und es auch ausreichen kann, wenn bestimmte, von den einzelnen Bürgern seltener genutzte Institutionen (z.B. im Kulturbereich, Theatervorführungen etc.) nur außerhalb vorhanden sind.	0	0			0		